

Die 'Freiheit' erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 13.—, für das übrige Ausland M. 20.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80

Die neuangelegte Nonpareil-Gesetz über deren Raum kostet 4.— M., einschließlich Infanteriensteuer. Kleine Ausgaben: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Infanteriensteuer. Verkaufte Ausgaben laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto per Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Sonntag bringt die Entscheidung!

Wer soll herrschen? Bürgertum oder Arbeiterklasse?

In heissem Ringen wird um die Beherrschung der Einwohrigemeinde Berlin gekämpft. Ein Machtkampf ist es, den das Bürgertum herausgefordert hat. Es will jene Niederlage gutmachen, die es bei den ersten Wahlen erlitten hat. Die damals erlittene Niederlage der Arbeiterpartei soll beseitigt, der Einfluß der Arbeiterklasse gebrochen werden. In klarer Linie stehen sich die Fronten: Die Bürgertum — die Arbeiterklasse! Dieser Kampf ist ein politischer Kampf von entscheidender Bedeutung. Es handelt sich bei den heissen Bemühungen des Bürgertums nicht um die Abwehr, bessere Methoden der städtischen Verwaltung oder allgemeine Reformen der kommunalen Wirtschaft einzuführen. Das Bürgertum und seine Presse wie seine Flugblattfabriken ringen insgesamt, wenn sie von der Beseitigung einer „Mischwirtschaft“ als Ziel ihres Kampfes sprechen. Die neue, unter sozialistischem Einfluß stehende Stadtverwaltung kann nennenswerte Erfolge in ihrer kurzen Wirksamkeit haben. Die

Aber auch das ist noch nicht das höchste der bürgerlichen Ideale. Neuerdings richtet die Bourgeoisie ihre gierigen Blicke auf die Kommunalbetriebe. Man läßt, die Stadt sei nicht in der Lage, sie rationell zu bewirtschaften. Man läßt, die Wirksamkeit der gegenwärtigen Verwaltung sei schuld an den hohen Preisen für Gas, Elektrizität, Verkehr usw. Man will der Bevölkerung einreden, die kapitalistische Bewirtschaftung der Betriebe würde eine Besserung der Zustände herbeiführen. Das heißt: die zum Nutzen der Gesamtheit bewirtschafteten Anlagen sollen denen in die Hände gespielt werden, die durch ihren schamlosen Wucher der letzten Jahre reich geworden sind. Die aus der Kriegs- und Wirtschaftskrise der Klassen gewonnenen Milliarden sollen eine neue Position erwerben, sollen über tausenden von Arbeitern herrschen und die Bevölkerung ausbeuten.

Der Besitz der Gesamtheit soll Besitz weniger Ausbeuter werden

Der letzte Antriebsmotor, der das Bürgertum zum Kampfe um die Stadtgemeinde reizt, ist die Angst um die politische Vorherrschaft des Bürgertums. Gerade die Erfolge der neuen Stadtverwaltung sind es, die den politischen Führern der Bourgeoisie schlaflose Nächte verursachen. Nicht die sogenannte „Mischwirtschaft“, sondern der tatsächliche Ernst und die sorgfältige Arbeit der neuen, unter sozialistischem Einfluß stehenden Verwaltung wirkt aufreizend auf das politische Schiedertum. Berlin ist die größte und komplizierteste, am schwierigsten zu leitende Gemeinde in Deutschland. Selbste ist eine sozialistische Stadtverordnetenmehrheit, die Wirtschaft dieses, durch das Bürgertum zerrütteten Gemeinwesens, zu einer Arbeiterwirtschaft zu gestalten, dann ist ein

bedeutender Sieg der Arbeiterklasse

errungen, der zugleich eine vernichtende Niederlage des Bürgertums ist.

Das soll verhindert werden! Seit Monaten ist die Kommunalverwaltung in ihrer Initiative gelähmt, weil die bürgerliche Reaktion ihre schmutzigen politischen Geschäfte über die Interessen der Bevölkerung stellt. Struppellos wird dieses Interesse vergewaltigt, um dem Machstreben der Bourgeoisie zu dienen. Darum geht dieser Kampf. Und darum ist noch nie so erbittert und noch nie mit so niedrigen Mitteln vom Bürgertum um die Herrschaft in einer Kommune gekämpft worden.

Die Arbeiterklasse muß diese Bedeutung der Wahlen begreifen. Sie muß ihre ganze Kraft einsetzen, um zu siegen und ihren Feind entscheidend zu treffen. Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, alle Kollektanden und Unterdrückten werden deshalb zum 16. Oktober

Alle Stimmen für die Liste der U.S.P.

Der Sinn der Hehe

Bei jedem, der die bürgerliche Presse verfolgt, muß sich mehr und mehr der Eindruck festsetzen, daß den bürgerlichen Parteien Oberschlesien an sich viel weniger wichtig ist, als die durch die Genfer Entscheidung eröffnete Möglichkeit, das Kabinett Wirth zu kürzen und durch eine Regierung zu ersetzen, die größeres Verständnis für die „nordischen Belange“ und mehr Energie in der Wahrnehmung des deutschen Standpunktes gegenüber der Entente aufbringt. Die Organe der äußersten Rechten, die „Deutsche Tageszeitung“, „Deutsche Zeitung“ und „Tägliche Rundschau“ führen natürlich den Reigen. Durch ihre Spalten heult der Ruf nach der Beseitigung Wirths, dem in immer neuen Wendungen absolute Unfähigkeit und von dem berühmten Herrn Stadler außerdem noch eine abgrundtiefe Unehrlichkeit nachgesagt wird. Sein ganzes Handeln entbehre der Aufrichtigkeit, und um an dem verhassten Minister auch nicht ein einziges gutes Haar zu lassen, setzt Herr Stadler zu allem Ueberflus noch auseinander, daß auch der Pazifismus, den er zur Schau trage, innerlich unwahrhaftig sei, da er doch für Schupo usw. eine tiefe Vorliebe hege. Der eifrige Kritiker läßt ganz außer Acht, daß eine Unaufrichtigkeit auf diesem Gebiete doch eigentlich im Sinne der Nationalisten liegen müsse. Es soll eben aus jeder Blüte Honig gesaugt werden.

Wie immer in kritischen Zeiten setzt zur Verstärkung der Attacke auch jetzt wieder ein wohlorganisiertes Depeschemskur ein. Der deutsche Ausschuss Oberschlesiens und die deutschen Parteien Oberschlesiens senden lange Telegramme. Sie enthalten große Worte von der Unerträglichkeit der in Genf gefundenen Lösung, die man natürlich in Oberschlesien noch ebenso wenig authentisch kennt, wie in Berlin. Die unbedingte Ablehnung der Anerkennung der „rechts- und vernunftwidrigen Entscheidung“ wird gefordert, und deutscher Ausschuss, wie Demokraten und Zentrum bezeichnen den Rücktritt des Kabinetts als selbstverständliches Gebot der Stunde.

Aber auch die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens will nicht zurückbleiben. Sie kann sich nicht entschließen, den Telegraphendraht den anderen allein zu überlassen. Sie muß ihre Dummheiten mitmachen und richtet an den sozialdemokratischen Parteivorstand das dringende Ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der ober-schlesischen Frage ihre Ämter im Reichskabinett niederzulegen und zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei als die Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermag.“ Während die sozialdemokratischen Führer in Berlin und die Sozialdemokraten im Kabinett, wie es scheint, bemüht sind, den bürgerlichen Treibern einen gewissen Widerstand entgegen zu setzen, lassen sich ihre Anhänger in Oberschlesien von den kapitalistischen Reaktionen für ihre sehr durchsichtigen Zwecke mißbrauchen.

Wenn wir nur erfahren könnten, was denn nun eigentlich mit einem Kabinettswechsel im Sinne der Rechten gewonnen sein soll! Es ist und bleibt immer dasselbe: großes Maul aufreißen und drohende Gesten, aber nicht der geringste Versuch, die Grundlinien einer Politik zu umreißen, die Deutschland in eine bessere Situation bringen könnte. Dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ der über die fähle Aufnahme spottet, die die deutsche Demarche in Paris und London gefunden haben, entfährt eine interessante Feststellung. „Die Entente“, so sagt er, „kann sich schon zutrauen, mit jeder deutschen Regierung fertig zu werden, sie möge sich zu ihren Machtgeboten stellen, wie sie will.“ Das ist sehr richtig. Aber wir erlauben uns die Frage zu stellen, was unter solchen Umständen das Geschehene nach einem Regierungswechsel für einen Sinn haben soll, zumal da man inzwischen ja auch eingesehen hat, daß die auf England gesetzten Hoffnungen sich nicht verwirklichen lassen. Wirth, so hieß es, stehe zu sehr unter dem Einfluß Frankreichs. Deutschland müsse, um aus seinen Schwierigkeiten herauszukommen, in England Anlehnung finden. Nun hat der Minister des Auswärtigen — es ist noch nicht ganz ausgeklärt, in Uebereinstimmung mit dem Kanzler oder ohne seine vorherige Befragung — den Versuch gemacht, die Unterfütterung der Londoner Regierung zu gewinnen. Er wurde deshalb von den Parteien, die eine mehr englisch orientierte auswärtige Politik verlangen, sehr gelobt. Aber in London ist die deutsche Anregung mit einem Achselzucken aufgenommen worden: die Entscheidung liegt beim Völkerrundrat, und ihr werde sich auch die englische Regierung fügen.

Also noch einmal: Was soll mit einem Kabinettswechsel für Oberschlesien und für unsere internationale Lage erreicht werden? Da wir keine auch nur einigermaßen einleuchtende Antwort erhalten, bleibt nichts anderes als der Schluß, daß die Aufspaltung der sogenannten vaterländischen Instinkte nur innerpolitische Zwecke verfolgt. Alle bürgerlichen Kräfte sollen unter dem nationalen Banner vereinigt werden, und wenn die

Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe

ist wieder hergestellt, nachdem sie unter der Leitung des Bürgertums gebrochen war. Die Schuldenlast der Stadtgemeinde ist vom 1. Oktober 1920 bis zum 31. März 1921 um 216 Millionen vermindert worden. Dank der Stenewirtschaft der neuen Verwaltung! Aber gerade sie ist dem Bürgertum ein Dorn im Auge. Die sozialistische Mehrheit suchte die Armen zu schonen und die Reichen zu belasten. Da ist das heiligste Gut der Bourgeoisie aller politischen Richtungen in Gefahr: Der Geldschrank!

Das Bürgertum will eine Verwaltung, die wieder den Posten versteht, die eine Kommunalverwaltung nach dem Willen der Satten und Gebildeten allein versehen soll: Den Kosten des gehorsamen

Nachwächters am Geldschrank der Besitzenden

Doch nicht allein darum geht der Kampf. Die von der Front der Ausbeuter ersehnte Verwaltung soll nicht allein die Lasten der Verteilung so regeln, daß den Besitzenden das Privilegium der Steuerfreiheit und ungehörter Steuerhinterziehung gewahrt bleibt. Ein heiliges Gebot bürgerlicher Kommunalwirtschaft ist es ferner, daß die Mittel und Einrichtungen der Gemeinde nicht vor allem den Besitzenden zugute kommen. Sie wollen nicht, daß die Stadt sich bemüht, den zahlreichen Rentempfangern aller Art eine erträgliche Unterstützung, Arbeitern, Angestellten und Beamten einen menschenwürdigen Lohn zu zahlen. Es wird der so heftig bekämpften Stadtverwaltung als Todfönde angetrieben, daß sie die von den Besitzlosen aufzubringenden Steuermittel für solche humanen Zwecke „verpulvern“. Die Stadt soll ihre Mittel nur verwenden, um das Anrecht der Söhne und Töchter der Reichen auf eine bessere Schulbildung und andere Vorteile der Wohlhabenden zu erhalten. Die Gemeinde soll nur

Dienerin der Interessen des Bürgertums

sein und die minderbemittelte Bevölkerung soll die Kosten dafür zahlen.

Die Zukunft Oberschlesiens

Das Gutachten fertiggestellt

Genf, 12. Oktober.

M. I. B. meldet: Das Gutachten des Völkerrundrates über die ober-schlesische Frage ist nunmehr fertiggestellt und wird noch heute abend an den Obersten Rat abgehen. Die privaten Verhandlungen über die Grenzlinie in Oberschlesien sind bisher vom Völkerrundratssekretariat demontiert worden. Es bestätigt sich vielmehr, daß die gestern übermittelten Angaben des Volksbureaus im allgemeinen zutreffen. Der Rat schließt heute seine Seneser Tagung ab, nachdem er heute vormittag noch eine lange Vollversammlung abgehalten hat. Heute nachmittag sollen noch einige Besprechungen stattfinden und im Laufe des Abends werden die meisten Ratmitglieder Genf verlassen, falls nicht noch unvorhergesehene Verzögerungen eintreten, was nicht wahrscheinlich ist. Von einer öffentlichen Sitzung, die in Anwesenheit des Sekretariats gewünscht wurde, will man absehen, dagegen wird das Informationsbureau des Völkerrundrates, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, heute abend eine längere Mitteilung über den Verlauf der Tagung ausgeben, die jedoch keinerlei Angaben über die Lösung selber enthält. Der Oberste Rat h.m. die Volkshauptkonferenz sollen morgen zur Prüfung des Gutachtens des Völkerrundrates in Paris zusammentreten. Es sollen gleichzeitig die notwendigen Polizeimaßnahmen in Oberschlesien getroffen werden. Wenn alle diese Vorbereitungen beendet sind, wird das Gutachten des Völkerrundrates als Beschluß des Obersten Rates veröffentlicht werden. Man rechnet damit, daß diese Veröffentlichung am Sonnabend oder am Sonntag gleichzeitlich in den Ententehauptstädten und in Genf erfolgt.

Erklärung der Regierung

Berlin, 12. Oktober. (Amtlich.)

In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichskanzler Dr. Wirth der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerrundrat in Genf, soweit sich aus unwidersprochenen Nachrichten entnehmen läßt, über das ober-schlesische Gebiet in einer Weise verfuhr hat, welche weder der durch die Abstimmung klar zutage tretenden Willensäußerung der ober-schlesischen Bevölkerung, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht.

Zustreffend diese Nachrichten zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern von deutschem Fleiß und deutschem Geist geschaffen worden ist, vom Reiche getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt. Diese Losreißung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen Volk als Vergrößerung und bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwicklung, sondern unablässige Beunruhigungen und Zwistigkeiten würden die Folge sein; dem deutschen Wirtschaftsförder würde eine unheilbare Wunde geschlagen werden.

Zusammenfassend erklärte der Reichskanzler: Falls die Entscheidung so fällt, wie zu befürchten ist so ist eine neue Lage geschaffen, welche die Voraussetzungen einschnend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reichs übernommen und geführt hat. Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt.

Der Reichskanzler stellte dies als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

(Siehe auch 2. Seite.)

Sozialdemokratische Partei mittels, dann um so besser. Um so leichter wird sich dann der Kampf gegen die Arbeiterkraft durchführen lassen. Daß diese Campaigne, die draußen nur als eine Wiederbelebung des Nationalismus empfunden wird, außenpolitisch für Deutschland die schlimmsten Folgen haben muß, verfährt denen nichts, denen der schmerzliche Verlust eines Teils von Oberschlesien gerade gut genug ist, um ihn für ihre Parteizwecke auszubeuten und ihn zu einer Basis für die Wiederaufrichtung ihrer Herrschaft zu machen.

Von der Regierung aber muß verlangt werden, daß sie die Verzerrung nicht durch unentschlossenes Verhalten steigert, das den Nationalisten ihr Spiel im Innern erleichtert und nach außen nur Schaden stiftet. Die Erklärung, die die Regierung veröffentlicht, ist überflüssig und kann nicht viel nützen. Daß ihre Politik durch die Entscheidung in Oberschlesien sehr erschwert wird, ist richtig. Das ist aber auch den ausländischen Mächten bekannt gewesen, die darauf keine Rücksicht genommen haben.

Soll diese Erklärung der Regierung oder die Ankündigung einer Demission bedeuten, so kann nur nochmals gesagt werden, daß diese Demission nichts nützt, aber sehr viel verderben kann. Würde sie nur eine Formfrage bleiben, weil es sich herausstellte, daß eine andere Koalition als die gegenwärtige nicht möglich ist, so würde sie im Ausland verhöhnt und so die deutsche Republik wegen ihres Unerntes dauernd geschädigt werden. Würde umgekehrt die Regierung endgültig zurücktreten, so würde damit in schwerster Zeit eine Krise von unvorstellbarer Dauer herbeigeführt und das Geschick der Parteien, die zwischen der Vier nach Macht und der Angst vor der Verantwortung hin- und hergerissen würden, könnte zu unheilvollen Konsequenzen führen.

Deshalb muß immer wieder gefordert werden, daß nicht die Regierung, sondern das Parlament entscheidet. Nur die Entscheidung des Parlaments kann für das Verbleiben der Regierung oder über die Art der Neubildung maßgebend sein. Jede andere Art des Vorgehens wäre Kabinettspolitik, wäre unter Umständen Politik des Reichspräsidenten oder auch einzelner Parteiführer, nicht aber parlamentarische Politik.

Der Teilungsplan

Paris, 12. Oktober.

Der Genfer Korrespondent des „Tempo“ teilt mit: Die Grenzlinie Oberschlesiens, die der Völkerbundrat vorge schlagen beabsichtigt, scheint jetzt wie folgt zu lauten:

1. Polen erhält die beiden südlichen Kreise Biełz (insgesamt) und Różan (zum größeren Teil).

2. Das Industriegebiet wird unter die beiden Länder geteilt. Deutschland erhält die westlichen Kreise des Beckens Gleiwitz und Hindenburg (Hindenburg sowie Sonthen-Stadt). Polen erhält die Kreise Königshütte, Beuthen-Land, Rattowitz-Stadt und Rattowitz-Land.

3. Die beiden im Osten von Oberschlesien gelegenen Kreise Tarnowitz und Lublitz werden in ihrem östlichen Teile Polen, in ihrem westlichen Teile Deutschland zugesprochen.

4. Deutschland behält die anderen ober-schlesischen Kreise im Norden, Westen und im Zentrum, also Rosenberg, Kreuzburg, Oppeln, Groß-Strehlitz, Tok, Cosel, Ober-Glogau, Voelshöh und Ratibor.

Was das für Oberschlesien vom Völkerbundrat in Aussicht genommene wirtschaftliche Regime betrifft, glaubt der Genfer Korrespondent des „Tempo“ zu wissen, daß die Frage große Schwierigkeiten bereitet, die in den letzten Tagen den Völkerbundrat fast beschäftigt hätten. Man dürfte so viel sagen, daß eine Kommission die Aufgaben haben würde, den Verkehr, die Wassererzeugung und die anderen ähnlichen Fragen wirtschaftlicher und technischer Art zu regeln. Die Kommission, die wahrscheinlich nur drei Personen umfassen werde, würde ihre Tätigkeit zehn Jahre lang ausüben. Dieser Zeitraum werde in dessen abgeklärt werden können, wenn beide Parteien einig seien oder auch verlängert, wenn die Notwendigkeit dazu sich herausstellt.

Das Übergangsregime

Da. Basel, 12. Oktober.

Die „Basler Nachrichten“ melden aus Genf: Der Biererrat beschäftigt sich in den letzten Tagen mit der Frage der Bildung und Organisation einer internationalen Kommission in Oberschlesien, die die Aufgabe hätte, nach der erfolgten Teilung des ober-schlesischen Industriegebietes in der Übergangszeit der nächsten Jahre den ungeklärten Fortgang der industriellen Tätigkeit des ganzen ober-schlesischen Industriegebietes zu sichern. Während nach der bestimmt zu erwartenden Teilung des Industriegebietes zwischen Polen und Deutschland die beiden Staaten mit den ihnen zugewiesenen Landesteilen auch sofort die politische Macht übernehmen würden, hätte die Kommission gewissermaßen als Verbindungsglied zwischen den politisch getrennten, wirtschaftlich aber aufeinander angewiesenen und enge verknüpften Gebieten zu wirken und zu verhindern, daß infolge der politischen Teilung ein Stocken in der Produktion und damit großer wirtschaftlicher Schaden für Oberschlesien einträte. Die Tatsache, daß der Rat sich mit den Einzelheiten der Aufgabe einer solchen internationalen Kommission befaßt, läßt den Schluß zu, daß in der Grundfrage, ob das Industriegebiet überhaupt geteilt werden soll oder nicht, bereits eine Entscheidung im Sinne der Teilung getroffen worden ist.

Eine Rundgebung der Gewerkschaften

Berlin, 12. Oktober. (WTB.)

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Gewerkschaftsring der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Beamtenbund haben an den Völkerbundrat, Lord George und Brand folgendes Telegramm gerichtet:

Nach übereinstimmenden Äußerungen der Schweizer, Pariser und englischen Presse hat der Völkerbundrat die Teilung Oberschlesiens beschlossen. Falls dies zutrifft, erheben die deutschen Arbeiter- und Beamtenverbände aller Richtungen schärfsten Einspruch. Die unterzeichneten Hauptorganisationen, die insgesamt 14 Millionen Mitglieder vertreten und mit Familienangehörigen rund 40 Millionen deutscher Staatsangehörigen umfassen, haben sich geschlossen hinter das Reparationsprogramm der Regierung Wirth gestellt. Sie haben das getan, obwohl sie sich bewußt sind, daß die Wirkungen der Reparationen für sie alle härteste Arbeit und herbe Entbehrungen bedeuten. Jede Abtrennung wichtiger Wirtschaftsquellen von Deutschland macht die Durchführung dieses Programms unmöglich und bedeutet zugleich Verelendung des deutschen Volkes, das bei seiner Bevölkerungsabnahme auf weltwirtschaftliche Beziehungen, auf Import und Export angewiesen ist. Eine Teilung Oberschlesiens steht auch in Widerspruch mit dem Abstimmungsresultat. Sie hätte ferner zur Folge, daß die

orbekende Bevölkerung Deutschlands auf alle sich aus Teil 13 des Friedensvertrats ergebenden Maßnahmen verzichten müßte.

Gerechtigkeit, sowie die Deutschland auferlegten und von ihm anerkannten Pflichten erheischen gebieterisch Befassung Oberschlesiens bei Deutschland.

Das Urteil im Belberter Hochverratsprozess

Leipzig, 12. Oktober.

Im Belberter Hochverratsprozess wurde vom Reichsgericht heute nachmittags das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt der Schlosser Wilhelm Graß aus Belbert wegen Hochverrats zu fünf Jahren sechs Monaten Festung, wegen Beihilfe zum Hochverrat der Schlosser Franz Walterbach aus Belbert zu drei Jahren Festung, der Dreher Wilhelm Hähner aus Belbert, der Schlosser Karl Dieß aus Belbert, der Friseur Max Schröder aus Düsseldorf, der Erdarbeiter Wilhelm Stöck aus Belbert, der Maschinist Paul Dippers aus Belbert und der Schlosser Ernst Gathmann aus Belbert zu je zwei Jahren Festung, der Kaufmann Hans Wassen aus Belbert zu einem Jahre sechs Monaten Festung, der Former Ewald Schrotz aus Belbert und Frau Theresie Stöck zu je einem Jahre drei Monaten Festung und wegen Rötigung, begangen in Gemeinschaft mit anderen, der Drucker Erich Löwenthal aus Elberfeld zu drei Monaten Gefängnis. Freigesprochen wurde der Kaufmann Artur Thomas aus Düsseldorf.

Den Angeklagten wird der größte Teil der erlittenen Unterzuchungshaft auf die Strafe anzurechnen. Bei Löwenthal wird die Strafe durch die Unterzuchungshaft für verbüßt erachtet. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt, da sie nicht aus egoistischer Gesinnung gehandelt haben und des festen Glaubens waren, einer guten Sache gedient zu haben.

1000 Prozent Mietzuschlag

bedroht die Mieter, wenn es den bürgerlichen Parteien am 16. Oktober gelingt, in der Berliner Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit zu erlangen. Ohne Rücksicht auf die Notlage der Mieter sind sie bisher bereits für eine weitgehende Erhöhung der Mietzuschläge eingetreten.

Wenn diese Absichten verhindert werden sollen, so müssen alle Mieter die Liste derjenigen Partei wählen, die bisher eben am energischsten gegen die neue Belastung der Mieter angekämpft hat. Das ist die

Unabhängige Sozialdemokratie!

Es handelt sich bei diesem Prozeß um das gerichtliche Nachspiel zu der Buschkomödie, die im August 1920 von der R. A. P. D. in Belbert im Rheinland inszeniert wurde. Am 20. August 1920 wurde dort die Räterepublik ausgerufen und am 21. August früh wurden die Buschhütten verhaftet und der Pöbel war zu Ende. Die Sache verlief durchaus harmlos, ohne jedes Blutergießen. Dafür wurden die Angeklagten 14 Jahr in Unterzuchungshaft gehalten, trotzdem einige von ihnen die schwersten gesundheitlichen Schäden davongetragen haben. Verschiedene Anträge auf Haftentlassung wurden trotz ärztlicher Ratschläge vom Oberreichsanwalt abgelehnt. Besonders schlimm ist der Fall des Angeklagten Schröder, der als wahres Skelett im Gerichtssaal erschien. Er mußte von den Gerichtsbedienten herin getragen werden. Man vergleiche dieses Verhalten gegen harmlose politische Phantasten, denen das Reichsgericht ausdrücklich ihre Ehrlichkeit bescheinigen muß, mit dem Entgegenkommen, das man etwa dem Dr. Wigwag von Hirschfeld widmet.

Das Urteil selbst ist denn auch angeht die Lächerlichkeit der ganzen Aktion von außerordentlicher Höhe. Wir sind gespannt, wie das Reichsgericht gegen Herrn v. Jagow, den Mitbeteiligten am Kapp-Putsch, vorgehen wird. Wenn man den Belberter Phantasten für ihre Buschkomödie fünf Jahre Festung auferlegt, dann müßte Herr v. Jagow in progressiver Steigerung lebenslanglich auf Festung wandern. Denn während der Putsch von Belbert keinen Hund in ganz Deutschland hinter dem Ofen hervorlockte, vielmehr die Mehrzahl der Einwohner von Belbert nicht einmal davon Kenntnis erhielten, hat der Kapp-Putsch ganz Deutschland in schwerste politische Konflikte gebracht und ungezählte Todesopfer verursacht. Das Reichsgericht hat ja in kurzer Zeit Gelegenheit zu beweisen, daß es das unparteiischste Gericht der Welt ist.

Nach wie vor Kahr-Methoden!

Man regiert in Bayern nach wie vor nach Kahr-Methoden. Das von der „Freiheit“ bereits in ihrer gestrigen Abendausgabe gemeldete Verbot der Würzburger christlichen Zeitung „Das neue Volk“ bestätigt wiederum, ebenso wie das erneute Verbot unseres Münchener Parteiblattes, daß die bayerische Beamtenschaft der Einführung eines neuen Kurses den hartnäckigsten Widerstand entgegensetzt. „Das neue Volk“ ist das einzige christliche Blatt Bayerns, das mit Entschiedenheit für die demokratische Republik und für die Völkerverständigung auftritt. Und was ist der Anlaß zum Verbot? Das Blatt hatte in einem Artikel ausgeführt, der bayerische Sozialminister Oswald und der Kultusminister Ratt fanden es mit ihrem Gewissen im Einklang, Reden gegen die Reichsverfassung und gegen die Republik zu halten und für die Monarchie und die Wiederaufrichtung der „vorübergehend verjüngten“ Kaisergräbe zu schwärmen, sich aber gleichzeitig von der Republik begnügen zu lassen.

Das Blatt wendet sich in einem Zirkular an seine Leser, aus dem folgende Sätze wiedergegeben seien: „Also, die Regierung von Unterfranken und Mittelfranken, nicht die bayerische, hat „Das neue Volk“ verboten. Unsere Leser können sich aus dem Verbot ein Bild machen, wie eigentlich der Kurs in Bayern geht. Zuerst wehrt man sich gegen eine Verordnung der Reichsregierung, dann legt man sie, wenn es für bayerische Minister geht, so aus, wie die Reichsregierung ihre damalige Verordnung nie anwandte.“

Es ist so, wie die „Freiheit“ anläßlich des Verbots der Münchener „Morgenpost“ feststellte: Die Verordnung des Reichspräsidenten gibt den reaktionären bayerischen Behörden nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes weiter Gelegenheit, die oppositionelle Presse zu unterdrücken, selbstverständlich nur die linksoppositionelle. Es befähigen sich damit die Befürworter, die wir schon früher gegen das weitere Bestehen der Ausnahmeverordnung vordrängen. Erlassen gegen die republikfeindlichen Rechtsparteien, wird sie in den Händen der rechtsgerichteten Beamtenschaft ausschließlich als Knebel gegen links angewandt.

Herr von Lerchenfeld hat die Pflicht, seinen nachgeordneten Behörden auf die Finger zu klopfen und die sofortige Aufhebung der Zeitungsverbote zu veranlassen. In erster Linie muß aber die Quelle des Übels fallen: die Verordnung des Reichspräsidenten.

Ein starker Mann

Breitenbach, der Wächter der Eisenbahnkönig

Der Herr von Breitenbach ergreift abermals das Wort zum Thema: Privateisenbahn oder Staatsbahn? Seinem ersten Artikel im roten „Tag“ folgte am Montag ein zweiter. Er bedient sich wiederum des üblichen alten Tricks, „Vergleiche mit einer besseren Vergangenheit“ zu ziehen. Wie sehr diese bessere Vergangenheit an den Zuständen der Gegenwart schuld ist, haben wir ausführlich dargestellt. Herr von Breitenbach beanstandet abermals die Tarifierhöhungen. Sie seien das einzige Mittel, um der zunehmenden Geldentwertung und den steigenden Ausgaben gerecht zu werden, aber sie seien auch „das roheste Mittel der Eisenbahnverwaltungskunst“.

Womit Herr Breitenbach recht hätte, wenn er andere Mittel anzugeben müßte. Er spricht von einem „völligen Systemwechsel“ und erklärt, daß die Prüfung der Frage: Staats- oder Privateisenbahnen? hierbei im Vordergrund stehe. Der ehemalige Staatsminister tritt also wiederholt dafür ein, daß der Besitz der Gesamtheit einer Clique von Kapitalisten überantwortet wird. Das ist die Methode, mit der der Herr von Breitenbach die gegenwärtig geübte „rohe Eisenbahnverwaltungskunst“ zu veredeln gedenkt.

Die Kosten für den völligen Systemwechsel Breitenbachs aber soll die Arbeiter- und Beamtenschaft tragen. Das geht nun aus dem zweiten Artikel des Herrn deutlich hervor. Neben der Geldentwertung sei das „Ausmaß an den Belastungen, die blinder Ueberchwang nach der Revolution den Eisenbahnen auferlegt hat“, die Ursache für die schlechte Lage des Eisenbahnwesens. Diese Belastungen sind der Achtstundentag, die Abschaffung der Akkordarbeit und die Koalitionsfreiheit. Der Systemwechsel Breitenbachs soll sie abschaffen. Und die Kraft dazu scheint dieser Reformator des Eisenbahnwesens dem privaten Kapital eher zuzutrauen, als der staatlichen Eisenbahnverwaltung. Sicherlich wäre dazu ein starker Mann nötig, und wir haben den Eindruck, daß Herr von Breitenbach nicht abgeneigt wäre, die Rolle eines solchen zu übernehmen. Als Leiter einer kapitalistischen Eisenbahngesellschaft würde dieser Reaktionsär wieder zum Herrn des Eisenbahnwesens werden.

Der Gedanke ist nicht schlecht, aber an einem Punkte stimmt die Rechnung nicht. Wir möchten Herrn von Breitenbach darauf aufmerksam machen, daß ihm für einen solchen Zweck die Erfahrungen des Umgangs mit Arbeitern und Beamten, die sich ihrer Würde bewußt sind, fehlen. Er hätte es als Staatsminister nur mit geduldenen Genossen zu tun. Und wenn auch die Eisenbahnbeamten der Republik vom Klassenbewußtsein noch endlos weit entfernt sind, so beginnt doch allmählich ein gewerkschaftlicher Geist seinen Eingang unter ihnen zu halten, der einem kapitalistischen Eisenbahnkönig Breitenbach erhebliche Schwierigkeiten machen würde, wenn er es sich einfallen lassen sollte, die Koalitionsfreiheit anzurühren, den Achtstundentag zu beseitigen oder ähnliche „Reformen“ vorzunehmen. Die Arbeiter und Beamten der Eisenbahn aber werden dafür sorgen, daß es nicht erst dahin kommt. Sie werden rechtzeitig zu verstehen geben, was sie von den Vätern des Herrn Staatsministers, die sie nun kennen, halten. Sie werden ihren ganzen Einfluß und alle Machtmittel aufbieten, um die Absichten habgieriger Profitgier zu durchkreuzen.

Der Dollar auf 133 gestiegen!

Ein erneuter stürmischer Rückgang in der Bewertung der Mark ist gestern an der Berliner Börse eingetreten. Der Dollar, der am Dienstag noch etwa 121 notiert wurde, stieg gestern bis auf 133. Ebenso stiegen die Kurse für alle anderen ausländischen Währungen entsprechend. Angeblich ist für diesen weiteren verhängnisvollen Sturz der Mark die Deutschland wenig günstige Entscheidung über Oberschlesien die Ursache. In Wirklichkeit ist es aber von den bürgerlichen Parteien mit Absicht heraufbeschworene Regierungskrise, die die deutsche Politik wiederum ins Ungewisse stürzt und allerlei Befürchtungen für und For öffnet.

Wahrscheinlich aber hat am meisten zu diesem Sturz der Mark beigetragen die hanebüchene Drohung der Industrie, das Kreditaufkommen nur abzuschließen, wenn Oberschlesien bei Deutschland bleibe, denn die Industrie und mit ihr Handel und Landwirtschaft dächten nicht daran, Leistungen zu übernehmen, von denen sie von vornherein wissen, daß sie nicht erfüllt werden können. Das ist die Vorbereitung zur Katastrophe, die ja den Vertretern von Handel, Industrie und Landwirtschaft nur Gewinn einbringt, und die sie sich deshalb leisten, trotzdem die Masse der Bevölkerung darunter unendlich leidet.

Die Lage im Hildesheimer Bezirk. Wie die B. P. A. erfahren, ist im Streit in den Hildesheimer Fabriken insoweit eine Wendung der Lage eingetreten, als die Gewerkschaftsvertreter und Arbeiterräte erklärt haben, daß sie im Hinblick auf die bei der Zusammenlegung der früheren Streikleitungen zutage getretenen Nebenabsichten die Streikleitung nunmehr den Gewerkschaften im Verein mit den Arbeiterräten übertragen. Die Wiederaufnahme der Arbeit in den Hildesheimer Elektrizitätswerken ist im Gange. Die Lage in Kitzbach ist unverändert.

Verhandlungen im Gastwirtsgewerbe?

Von der Pressestelle des Polizeipräsidiums wird amtlich mitgeteilt:

Die für gestern nachmittags anberaumte Sitzung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Gastwirtsgewerbe fand um 5 Uhr im Polizeipräsidium unter Leitung des Polizeipräsidenten statt. Als Gegenstand der Besprechung bezeichnete der Präsident, die Aufgabe der Polizei im gegenwärtigen Streit festzulegen und Ausschreitungen jeder Art zu vermeiden. Er betonte die der Polizei obliegende Pflicht der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit und mißbilligte jedes Ueberstreiten ihrer Befugnisse durch einzelne Organe. Nach eingehender Aussprache ergab sich, daß die Arbeitgeber lediglich verlangten, daß gewalttätige Ueberstreitungen des gesetzlichen Koalitionsrechtes unterbleiben und daß die Arbeitnehmer ihrerseits gewillt seien, in diesem Sinne auf ihre Mitglieder zu wirken.

Der Präsident ersuchte hierauf die Parteien, mit ihren Organisationen zu erörtern, ob die Annahme und Durchführung einer solchen Erklärung geeignet sei, eine Grundlage für ein Eintreten in Einigungsverhandlungen zu schaffen. Die Vertreter stellten in Aussicht, dem Präsidenten beschleunigt über das Ergebnis ihrer Beratungen zu unterrichten.

Wie kann die Kartoffelversorgung gesichert werden?

Einführung des Umlageverfahrens für Kartoffeln notwendig

Überall sind in den letzten Wochen die Preise für die Kartoffeln sprunghaft in die Höhe gegangen und hat sich die Versorgung dauernd verschlechtert. Die Erregung unter der Bevölkerung über diese Zustände ist im Wachsen begriffen. Bittere Sorge erfüllt die Familien der minderbemittelten Bevölkerung, ob sie in den nächsten Wochen und Monaten überhaupt noch in der Lage sein werden, dieses unentbehrlichste Nahrungsmittel zu kaufen.

Als die Kartoffelbewirtschaftung ausgehoben wurde, da versichert man, daß die Preise gar nicht oder nur wenig steigen würden, die Bevölkerung brauche keine Sorge um die ausreichende Versorgung zu hegen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Preise sind unabhässig gestiegen, ihr Steigen hat alle Verfügungen übertrifft. Der große Mangel in den Städten und

die trüben Aussichten für die Winterversorgung

lassen viele wiederum zu dem Mittel zurückgreifen, das sie in früheren Jahren benutzt haben: mit Ruckack und anderen Mitteln ausgräben, wandern sie in die Erzeugungsländer und holen sich dort ihren Bedarf.

Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die Ernte glänzend ist. Von einem Kartoffelmangel kann gar keine Rede sein. Die heimische Ernte im Zusammenhang mit der Einfuhr, die wir stets gehabt haben, reicht durchaus hin, um den Bedarf zu decken. Als die Ursache der jetzigen Preissteigerung und der Stodung in der Zufuhr wird jetzt der Mangel an Waggonen angeführt. Die Eisenbahnverwaltung habe in dieser Beziehung vollkommen versagt. Diese Darstellung, die von den Interessenten kommt, ist aber sehr wenig stichhaltig. Selbst wenn die Wagongestellung so schlecht wäre, wie behauptet, so würde sie zwar die mangelnde Zufuhr, nicht aber die hohen Preise erklären. Die hohen Preise haben mit der unzureichenden Wagongestellung nichts zu tun. Ganz so ist auch, wie es in einer Darstellung der „Börsen Zeitung“ heißt, daß die Landwirte über diese Preissteigerung, die ihrer Tasche zugute kommt, keineswegs beklagt werden. In Nr. 29 der Zeitung, der „Brandenburgische Landbund“, heißt es ausdrücklich:

„Der Landwirt ist außerstande, die Preise zu senken. Sie müssen sich den Weltmarktpreisen anpassen. Gibt der Landwirt billig ab, so hat der Großhandel höheren Verdienst.“

Und wie richtig es ist, daß die Landwirte die hohen Preise nicht als ein Unglück betrachten, das muß der bereits zitierte Artikel der „Börsen Zeitung“ am Schluß selber gegeben. Es heißt dort:

„In landwirtschaftlichen Kreisen glaubt man jedoch nicht, daß jetzt bei nachdrücklicher Unterstützung der Eisenbahnverwaltung die augenblicklich hohen Preise wieder heruntergedrückt werden können.“

Das System des freien Handels hat schändlich bankrott gemacht.

Es ist nicht anzunehmen, trotzdem die Kartoffelerzeugung ausreißend ist, die Bevölkerung ordnungsgemäß zu versorgen. Die gegenwärtigen Schwereisheiten sind nicht vorübergehender Art, sondern sie sind begründet in den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen. Auch bei den Nahrungsmitteln, die in ausreichender Menge im Inlande erzeugt werden, führt die Geldentwertung zu einer dauernden Steigerung der Preise. Vieles ist deshalb bei dem freien Handel, dann ist mit zunehmender Geldentwertung ein noch weiteres Steigen der Kartoffelpreise unausweichlich. Ein solcher Zustand aber wäre für die Masse der Bevölkerung unerträglich. Sie ist jetzt bereits in ihrer Lebenshaltung schwer bedrückt. Millionen Menschen ringen mühsam um die Aufrechterhaltung ihres Daseins. Wird ihnen das durch das fortgesetzte Steigen der Preise für eines der wichtigsten Lebensmittel unmöglich gemacht, sind Anzeichen unausweichlich. Schon sind Anzeichen dafür aus Rheinland-Westfalen, dem am meisten bedrohten Gebiet, gemeldet. Die Maßnahmen zum Eingriff kommen nicht nur aus

den Kreisen der sozialistischen Arbeiterschaft. Die Erregung in der Bevölkerung ist allgemein. Ungläubige Ratschläge auch aus den Kreisen der christlichen Gewerkschaften, der Angestellten und Beamten sind der Regierung zugegangen. Schlägt sie sie achtlos in den Wind,

trifft sie die volle Verantwortung für alle Folgen.

Von mehreren Seiten ist die Festsetzung von Höchstpreisen verlangt worden. In einigen Gegenden ist sie auch erfolgt. Wo es sich um Erzeugergebiete handelt, die ihren Bedarf aus eigenem zu decken vermögen, sind Höchstpreise unter Umständen ein zweckmäßiges Mittel. Anders liegen jedoch die Dinge, wenn mit den Höchstpreisen eine Absperzung der Erzeuger von den Verbrauchergebieten verbunden ist. Dann sind die Nachteile für die städtischen Verbraucher bei diesem System erheblich und gefährlich. Dann führen Höchstpreise zur Abschließung der Erzeugergebiete zur Zurückhaltung der Ware vom Markt und zu drückendem Mangel in den Verbrauchergebieten. Höchstpreise, das ist eine alte Erfahrung aus der Kriegswirtschaft, treiben die Ware in den Schleichhandel, sofern nicht mit der Festsetzung von Höchstpreisen auch die Erfassung der Ware eintritt.

Deshalb ist notwendig die Zwangsverfassung derjenigen Vorräte an Kartoffeln, die für die Sicherstellung der Ernährung der städtischen Bevölkerung erforderlich sind. Die Möglichkeit hierzu ist durchaus gegeben. Jedem Landwirt muß die Ablieferung eines bestimmten Teiles seiner Ernte zu Höchstpreisen gesetzlich vorgeschrieben werden. Nur wenn das geschieht, wird die Bevölkerung vor dem Verhungern und vor der wucherischen Ausbeutung geschützt werden können. Daß die Höchstpreise dabei eine mäßige Höhe nicht überschreiten dürfen, ist selbstverständlich. Wir fordern deshalb von der Reichsregierung, daß sie sofort einen Gesetzentwurf vorlegt, der ähnlich wie beim Getreide, die Einführung eines

Umlageverfahrens für Kartoffeln

vorseht. Das Umlageverfahren für Getreide haben wir bekämpft, weil es den Erfolg für die noch bestehende Zwangswirtschaft darstellte und den Übergang zu hohen Preisen fördern sollte. Bei Kartoffeln aber herrscht gegenwärtig der freie Handel, das heißt die unbeschränkte Wucherfreiheit. Um sie einzudämmen, ist die Rückkehr zu einer geordneten Versorgung notwendig. Sie muß erfolgen, wenn die Bevölkerung vor dem Verhungern geschützt und Hungerrevolten vermieden werden sollen. Und sie kann erfolgen, wenn ähnlich dem Umlageverfahren bei Getreide ein Umlageverfahren für Kartoffeln eingeführt wird, das die Erzeuger, die Kommunalverbände und die Länder für ordnungsgemäße Lieferung haftbar macht.

In Preussischen Landtag ist von der deutschnationalen Fraktion eine Anfrage über die Kartoffelversorgung der Bevölkerung im kommenden Winter eingebracht worden, die die Reichsregierung um Mitteilung ersucht, ob sie bereit ist, die Bevölkerung über die Möglichkeit der Versorgung im ganzen Wirtschaftsjahr anzuführen, umfassende Maßnahmen gegen eine etwaige Verschiebung von Kartoffeln in das Ausland zu treffen, ausreichende schnelle Wagongestellung in den hauptsächlichsten Kartoffelverhandlungsgebieten zu veranlassen und eine Verbilligung der Frachten für Kartoffeltransporte herbeizuführen.

Diese Anfrage ist echt deutschnational. Was nützt der Bevölkerung die Aufklärung? Sie will satt werden. Und sie will nicht die Wucherpreise bezahlen, die Handel und Landwirte ihr abverlangen. Davon aber sagt die deutschnationale Anfrage nichts. Verbilligung der Frachten aber bedeutet noch nicht Verbilligung der Kartoffeln. Sie schließt die Gefahr einer erneuten Liebesgabe an die Landwirte ein. Um der Kartoffelpreissteigerung und der Kartoffelnot zu begegnen, gibt es nur das eine Mittel: Einführung eines Umlagezwangsverfahrens.

Landbund und Lieferstreik

Von einem Landwirt wird uns geschrieben:

Zu heftig hat der Brandenburgische Landbund den Schaden gemacht, den er mit seiner Lieferstreikparole auch innerhalb seiner Gefolgschaft angerichtet hat. In welcher Verlegenheit er sich selbst geraten sieht, geht aus seinem wörtlichen Eingeständnis hervor („Der Brandenburgische Landbund“, Nr. 40), die Stellung des Brandenburgischen Landbundes in der Streikfrage nicht nur von der linksliberalen Presse, sondern auch in weiten Kreisen der Landwirtschaft, besonders außerhalb der Provinz Brandenburg mißverstanden ist. Wohlwollend in den letzten Kreisen der Landwirtschaft! Die Sache des Brandenburgischen Landbundes muß also sehr schlecht stehen. Aber er selbst verschlechtert sie in seiner Verlegenheit noch mehr. Er bringt in den letzten Nummern seines Organs an leitender Stelle gleich zwei Artikel über Lieferstreik in der offenkundigen Absicht, die vor dem Kopf gestohlenen, dem Streik grundsätzlich abholden Landwirte wieder ins Schlepptau zu bekommen. Dieser Versuch bietet keine Aussicht auf Erfolg, da er mit zu häufigen Mitteln unternommen wird. Denn von einem Mißverständnis kann keine Rede sein, sondern bei jenen weiten Kreisen beginnt endlich die Erkenntnis des auch für sie verderblichen Zieles der Führung des Landbundes, auch wenn derselbe wieder einmal das auch den einfältigsten nicht mehr gruseligmachende Gespenst von der bösen Linken an die Wand malt, deren heftigste Agitation durch das Mißverständnis gestützt würde.

Ebenso dürftig, ja überzeugungswidrig ist die sonstige Argumentation des Landbundes, um sich von der Skrupellosigkeit seiner Propaganda für den Lieferstreik reinzuwaschen.

Einmal beklagt er sich darüber, daß jeder Streik der linksliberalen Angestellten und Arbeiter als etwas Selbstverständliches hingenommen, dagegen seine Erklärung, der ländliche Lieferstreik sei in letzter Linie das „einzige Mittel, um der Landwirtschaft im Staate zum Wohl des Volksganges die für ihre Existenz notwendigen Vorbedingungen zu schaffen und zu erhalten“, auf das entschiedenste verurteilt würde. Er nimmt aber damit nur denselben Standpunkt ein, den er dem Gegner zum Vorwurf macht, denn er dreht die Sache einfach um und sagt, daß zwar der Streik, beispielsweise der Arbeiter in den Berliner Elektrizitätswerken, wegen seiner verderblichen Folgen etwas ganz Angeheuerliches sei, daß aber die Landwirtschaft — selbstverständlich — auf den noch ganz anders unheilvollen Lieferstreik nicht verzichten könne. In all den Fällen, in denen ihre Existenz und damit die Existenz des deutschen Volkes auf dem Spiel stünde.

Landbändlerische Logik und Demagogie laufen sich bei dem ausgesprochenen Verstreben den Gang ab, das Wohl des Volksganges und die Existenzfrage des deutschen Volkes da vorzunehmen, wo es sich lediglich um nadies agrarisches Profitinteresse handelt. Und sollte nicht der Arbeiter-

streik ihm, der Verbraucherschaft das recht sein dürfen, was der Landwirtschaft billig ist?

Des weiteren sucht der Landbund das angebliche Mißverständnis zur Ablenkung vom wahren Sachverhalt benutzend, sich mit der ebenso unaufrichtigen wie von vornherein vorbezielungen Taktik zu retten, daß er den Gedanken, den Streik als Angriffswaffe überhaupt und als solche gegen die „die Existenz der Landwirtschaft bedrohenden steuerlichen Maßnahmen“ empfehlen zu wollen, weit von sich weist. Das Streikmittel solle lediglich als äußerste Maßnahme gegen die die Existenz der Landwirtschaft bedrohenden Gefahren dienen. Ob diese leeren Worte auf die verschleppte ehemalige Anhängerstreife oder auf sonst jemand irgendwelchen Eindruck zu machen vermögen, bleibt zum mindesten zweifelhaft.

Denn allenfalls hätte der Landbund sagen müssen, wie er Angriff und Abwehr genau abgrenzen will. Ebenso unbestreitbar wie ein Angriff nie ohne weiteres erfolgt, sondern immer nur auf das gegnerische Verhalten zurückzuführen ist, ebenso leicht ist es, ihn als Abwehrmaßnahme gegen jenes zu bezeichnen. Man wird sich des Mißverständnisses der Landwirte im Kreise Königsberg, Am., vor etwa Jahresfrist erinnern, lediglich weil ihnen ihr Landrat nicht paßte. Befanden sich da etwa die Landwirte, die gewissenlos genug waren, den Kindern und Kranken in der Stadt die diesen unentbehrliche Milch vorkaufte, in der Abwehr?

Ober wenn man als weiteres Beispiel die provokatorische Kampfesweise der beiden märkischen Landbündnisse, der Herren von Oppen, Hans Tornow (Kreis Oberbarnim) und von Brodhagen-Langen (Kreis Ruppin) betrachtet, will man da den aggressiven Charakter bestreiten und noch von einer Defensiv sprechen?

Der Brandenburgische Landbund hat in den beiden von ihm zitierten Sätzen sich anheißig gemacht, das Wohl des Volksganges und das Existenzinteresse des deutschen Volkes mit der Profitlust extremer Landbändler zu identifizieren; er hat durch seine programmatische Lieferstreikparole und seine ganze auf die Auspöcherung der Verbraucherschaft hinzielende Kampfesart sein wahres Gesicht zu deutlich enthüllt, als daß er sich durch Sophismen und noch so gewundene Darlegungen aus der Affäre zu ziehen vermöchte. Er sei versichert, daß er die Ausführung des Lieferstreiks gleichgültig ob er ihn als Angriffs- oder Abwehrmaßnahme bezeichnet, zu bereuen haben würde.

Schutz für die Sozialrentner

Die Unabhängige Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

Durch die überaus große Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, insbesondere durch das weitere Heraufschrauben der Kohlenpreise, ist die Not der Sozialrentner und ihrer Familien auf das höchste gestiegen. Der Landtag wolle deshalb beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, umgehend

1. bei der Reichsregierung vorstellig zu werden zwecks eines beschleunigten Erhöhung der Sozialrenten,
2. sich zunächst dafür einzusetzen, daß den Rentenempfängern sofort eine Beschaffungsbeihilfe von mindestens 1000 Mark gewährt wird.

Eine Bieridee

Betriebsumstellung in einem Versorgungslazarett

Das Versorgungskrankenhaus Spandau gehört zu den Lazaretten, die dem Versorgungswesen zwecks Unterbringung von behandlungsbedürftigen Kriegsinvaliden zur Verfügung stehen. Das gesamte Versorgungswesen und damit auch die Bewirtschaftung der Versorgungskrankenhäuser untersteht dem Reichsarbeitsminister.

Dieser richtete am 18. August an das Versorgungskrankenhaus Spandau folgende Verordnung:

„Das Versorgungskrankenhaus Spandau wird als dauernd beizubehaltendes Beobachtungs-Krankenhaus für den dortigen Bereich bestimmt. Wegen seines Etats an Beamten bleibt Bestimmung vorbehalten.“

Diese so harmlos klingende Verordnung bereitet einen Schritt vor, der für das Personal des Krankenhauses von entscheidender Bedeutung ist. Die Umstellung des Versorgungskrankenhauses in ein dauernd beizubehaltendes Beobachtungs-Krankenhaus bedeutet eine einschneidende Umstellung des gesamten Betriebes, durch die zahlreiche Arbeitskräfte, — wie uns mitgeteilt wird, etwa ein Drittel der jetzigen Belegschaft an Pflege- und sonstigem Personal — überflüssig werden. Dazu kommt, daß die gegenwärtig dort beschäftigten Angestellten bei der Umstellung durch Beamte ersetzt werden, weil das jetzt als Provisorium bestehende Versorgungskrankenhaus zur Dauereinrichtung der Versorgungsbehörden gemacht werden soll. Der Schritt des Reichsarbeitsministers bedroht mithin eine große Anzahl von Angestellten mit Erwerbslosigkeit.

Die Instanzen, die die Umstellung durchzuführen haben, haben vorausgesehen, daß eine derartige Maßnahme auf den Widerstand der Angestellten stoßen wird. Sie geben daher die Absicht kund, diesem Widerstand von vornherein durch einen Schachzug zu begegnen, der den Herren sehr klug zu danken scheint. Eine Versammlung dieser Instanzen, die am Donnerstag, den 22. September, stattfand, und von einem Bierabend begleitet war, beschäftigte sich mit der Angelegenheit. Das Ergebnis des gemühtlichen Zusammensitzens war die Bieridee, daß man das Versorgungslazarett während der Umstellung schließen und nach Erledigung der erforderlichen Maßnahmen als Beobachtungs-Krankenhaus wieder eröffnen will.

Es handelt sich also hier um eine Maßnahme, die, wenn sie in einem industriellen Unternehmen erfolgen soll, nur nach Rücksprache mit den Verwaltungsbehörden und dem üblichen Inspektionen mit den Betriebsvertretungen vor sich gehen darf. Es handelt sich um eine mit Schließung des Betriebes verbundene Betriebsumstellung, bei der Arbeitskräfte freigesetzt werden, also um einen Vorgang, der nach der Verordnung vom 8. November 1920 in einem industriellen Betrieb nicht mehr eigenmächtig vom Unternehmer selbst durchgeführt werden soll. Darüber, daß in solchen Fällen geschäftig verfahren wird, hat der Reichsarbeitsminister als höchste Instanz zu wachen.

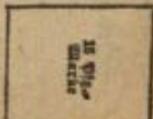
Und nun ereignet sich im Bereich der Betriebe, die dem Reichsarbeitsminister selbst unterstehen, etwas, was durchaus gegen die in Frage kommende Gesetzgebung verstößt. Will der Arbeitsminister zugeben, daß die ihm unterstellten Instanzen des Versorgungswesens, die hier am Werke sind, den industriellen Unternehmern ein Beispiel dafür geben, wie man die Verordnungen des Reichsarbeitsministers umgehen kann? Will er sich der Gefahr aussetzen, daß ein Unternehmer, der einen ähnlichen Streich vollführt, im Falle des Einspruchs des Arbeitsministers diesen höhnisch auf ein solches geschwindiges Vorgehen der dem Arbeitsminister nachgeordneten Behörden verweist?

Noch mehr: es liegen Anzeichen dafür vor, daß bei der Umstellung eine Steigung des Personals des jetzigen Versorgungskrankenhauses Spandau vorgenommen werden soll. Auch das war für die Herren, die auf jenem Bierabend beisammen waren ein Grund, die Betriebsvertretungen bei der Regelung der ganzen Angelegenheit bisher zu übergehen. Selbst auf Anfragen der Betriebsvertretungen, des örtlichen Betriebsrates sowohl, wie des Bezirksbetriebrates, haben die verantwortlichen Stellen nur ausweichende oder gar brüskierende Antworten erteilt, aus denen deutlich zu entnehmen ist, daß ihr eifrigstes Bemühen darauf gerichtet ist, jeder Einwirkung des Betriebsrates auf die Angelegenheit auszuweichen.

Kurz: Was gedenkt der Herr Reichsarbeitsminister zu tun, um den eigenen Geboten im eigenen Hause Geltung zu verschaffen.

ausgeschlossen!

Druckfache
Um die
Sauptredaktion der „Freiheit“
Berlin G 2
Brette Straße 8-9



Die Zukunft Groß-Berlins steht auf dem Spiel

Bersäume niemand die Wahlspflicht! Alle Stimmen der USPD!

Wählen, wählen!

Das Wetter ist wieder verflucht schön. Werden die Berliner am Sonntag wieder finden, daß es zu schön ist, um sich eines Wahltages, eines einzigen Wahltages wegen etwas von seinem Spaziergang abzubringen?

Einmal mag man den Spießbürger für das Unheil, das er anrichtet, mit seiner Schwerfälligkeit, Verschlagenheit, Verdrossenheit, mit seiner Unfähigkeit, sich entschuldigen zu lassen. Ein zweites Mal gilt diese schlechteste aller Entschuldigungen nicht mehr.

Seien wir so unglücklich, wie die Sache es erlaubt! Seien wir so groß, wie die Sache es fordert: Wer das vorige Mal dahelmsied oder spazierenging in Berlin, anstatt zur Wahl zu gehen, wer war ein Trottel; wer aber diesmal ohne den zwingendsten Grund ausbleibt, der ist ein Verräter. Es gilt nur eines an diesem Wahlsontag: Wählen, wählen! Frauen, Männer, Alte Junge! Geheite, Dumme! Das Wahlrecht habt ihr erobert; nun tut eure Pflicht!

Gibt's noch jemand, der die niederträchtige Entschuldigung sagt: Auf mich kommt's nicht an? Gerade auf dich kommt's an; nur auf dich kommt's an. Alles andere hat dich nicht zu kümmern. Dein Wahltagelei wiegt freilich nur ein Teil eines Millionenstel des Wahlausgangs; aber er wiegt am Wahltage deine ganze Ehre und dein Gewissen auf immer.

Die vorstehenden Sätze sind einem Leitartikel des deutsch-nationalen „Berliner Lokalanzeigers“ entnommen. Wir unterstreichen sie Wort für Wort, denn nichts ist gefährlicher, als sich am kommenden Sonntag der Wahl zu enthalten. Es wirkt nur etwas merkwürdig, daß diese grobe Aufrüttelung der „Spießbürger“ ausgerechnet im „Lokalanzeiger“ steht, der doch eine der Rechtsparteien vertritt, die die 908 906 Nichtwähler der letzten Stadtverordnetenwahlen als ihre Anhänger bezeichnet. Der „Lokalanzeiger“ ist auch gleichzeitig so freundlich, einen guten Tip dafür zu geben, wie die einzelnen Parteien zu bewerten sind. Das geht aus folgendem hübschen Absatz hervor:

Derum: Wählt, wählt! Keine politische Haarpalstererei ist hier nötig, keine Stempel sind möglich. Es war nie so leicht, nie so einfach. Wollen Sie Deutsche Volkspartei? Hier der Zettel, bitte! Deutschnational? Hier, bitte! Oder demokratisch — in Gottes Namen, bitte, hier! Es wiegt diesmal alles in eine Schale.

Wir sind für diese Belehrung außerordentlich dankbar. Haben wir doch hier das Zeugnis einer bürgerlichen Zeitung, daß die bürgerlichen Parteien für die kommende Wahl vollkommen gleich zu bewerten sind: deutsch-national, deutsche Volkspartei oder Demokraten — in Gottes Namen, es wiegt diesmal alles in eine Schale! Ja, die Sympathie des „Lokalanzeigers“ geht sogar noch ein Stückchen weiter nach links. Wohl im Hinblick auf den Berliner Beschluß schreibt das Blatt:

Zu den diesen Mehrheitssozialisten den Gefallen und befreit sie aus der Knechtschaft der Kommunisten! Sie werden euch dafür bedankten; aber sie werden in den tiefsten Tiefen ihres Herzens euch dankbar sein. Sie müßten ja so gern anfangen, vernünftig zu sein. (NB. Was der „Lokalanzeiger“ vernünftig nennt!)

Wir haben diesem Anschauungsunterricht über die Bedeutung der kommenden Wahl nichts hinzuzufügen. Jeder Wähler und jede Wählerin muß am Sonntag die Wahlspflicht ausüben und für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie stimmen. Es bleibt gar nichts anderes übrig, wenn die Wählerhaft nicht die bittere Schale, in der dieses wunderwolle Gemisch der bürgerlichen Parteien und der allmählich „vernünftig“ werdenden Sozialdemokratie schwimmt, bis auf die Reize austreten will.

Deutschnationale Reklame. Im Rosetheater, einem im Arbeiterviertel des Ostens gelegenen und ausschließlich von Arbeiterbevölkerung besuchtem Theater, wird gegenwärtig deutschnationale Wahlreklame gemacht. Die Deutschnationale Partei tritt sich sehr

gründlich, wenn sie glaubt, unter der Arbeiterschaft Anhänger werben zu können. Die gesamte Klassenbewusste Arbeiterschaft wird am 16. Oktober für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie stimmen!

Die neue Wahlparole

In ihrer Verlegenheit nach durchschlagendem sachlichen Material gegen die sozialistische Stadtverordnetenmehrheit lassen die Bürgerlichen auf alles herein, was ihnen geeignet scheint, die Verwaltung der Stadt Berlin und damit die sozialistische Partei in Mißkredit zu bringen. In diesem Sinne werden jetzt von der bürgerlichen Presse, an der Spitze natürlich der „Lokalanzeiger“, die Betrügereien eines Wohnungsamts-Angestellten ausgeplaudert. Der „Lokalanzeiger“ schreibt:

Man erfährt auch hieraus, daß unter dem jetzigen roten System jede Unregelmäßigkeit geschützt wird, und deshalb wird auch die Tätigkeit der Wohnungsämter erst dann reformiert werden können, wenn der fünfjährige Magistrat anders zusammengesetzt ist.

Diese wahlplagiatorische Behauptung des „Lokalanzeigers“ stützt sich darauf, daß der Direktor des Hauptwohnungsamtes, Herr Dr. de Laporte in der Gerichtsverhandlung erklärt haben soll, ihm seien Bestechungsfälle seiner Beamten bekannt, seine Absicht, die Leute zu entlassen, sei aber an dem Widerstande des Betriebsrates gescheitert. Demgegenüber wird uns vom Betriebsrat der Berliner Wohnungs- und Mietverwaltungen mitgeteilt, daß Herr Dr. de Laporte aufgefordert worden sei, sich zu dieser Behauptung zu äußern. Darauf gab der Direktor de Laporte folgende Erklärung ab:

Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß ich als Zeuge in der Gerichtsverhandlung am Montag, dem 10. d. Mts., in der Vernehmung Angelegenheit gegen den früheren Angestellten Koeslath niemals dem Sinne oder dem Wortlaut nach gesagt habe, daß Fälle vorgekommen seien, in denen Angestellte, denen Bestechungen nachgewiesen seien, nicht entlassen werden konnten, weil der Betriebsrat die Zustimmung verweigert.

Mit der neuen Wahlparole der bürgerlichen Presse ist es also nichts. Die bürgerlichen Parteien und ihre Prehorgane haben tatsächlich Recht; aller Schwindel, den sie als Wahlparole gegen die Sozialisten gebrauchen wollen, wird sehr schnell als solcher entlarvt.

Wie sie lügen!

Die Stellung der bürgerlichen Parteien im gegenwärtigen Wahlkampf und ihre Aussichten für den Ausfall der Wahlen scheinen außerordentlich schlecht zu sein. Das läßt sich daraus schließen, daß die bürgerlichen Parteien in ihrer Wahlpropaganda ganz verzweifelt lügen. Wir wollen dies an einigen Beispielen aufzeigen:

Die Lüge über das Milchamt.

In Nummer 6 der vom Hansabund herausgegebenen Flugblätter steht: Das Milchamt gibt ein beschränktes Quantum Milch zu 3 M., die übrige Milch zu 4 M. pro Liter an die Bevölkerung ab. Es muß einen so hohen Preisaufschlag nehmen, um seine großen Verwaltungskosten zu decken.

Das ist ein dundemal zurückgewiesener, aber ebenso oft wiederholter Wahlschwindel. In Wirklichkeit beträgt der Aufschlag für die Verwaltungskosten 8 Pfennige.

Lügen über städtische Betriebe.

Im selben Flugblatt des Hansabundes steht: In den städtischen Betrieben Neulohns sind Unterschlagungen und Unregelmäßigkeiten an der Tagesordnung.

Diese Behauptung ist ein Wahlschwindel. Vor Gericht ist erwiesen, daß diese Behauptungen unwahr sind, und sie müßten zurückgezogen werden.

Die Lügen über die Straßenbahn.
In einem besonderen Flugblatt Nr. 4 schwindelt der Hansabund über die Berliner Straßenbahn: Durch eine Vielzahl von Instanzen werden gerade die wichtigsten Fragen über Gebühr verzögert. Die Folgen sind erhebliche wirtschaftliche Verluste.
Auch das ist ein Wahlschwindel. Während früher ein Duzend unfähiger Direktoren große Gehälter bezogen, sind jetzt nur zwei, aber fähige Direktoren angestellt. Sie haben das Defizit der Straßenbahn beseitigt und unter ihrer fortschrittlichen Leitung wurden in der Psychotechnischen Prüfungsstelle und in der neuen Fahrschule Einrichtungen geschaffen, die in der ganzen Welt einzig dastehen.

Eine weitere Lüge über die Kommunalisierung.
Im Flugblatt Nr. 3 des Hansabundes heißt es: Um uns die Notwendigkeit einer sozialistischen Stadtverwaltung gegen die Arbeiter in kommunalisierten Betrieben vor Augen zu führen, brauchen wir nur zurückdenken an die Mißwirtschaft unter dem Personal des städtischen Osthafens.

Diese Lüge übersteigt alles. Während des Krieges hat sich auf dem Osthafen ein regelrechtes Korruptionssystem, vor allen Dingen unter den oberen Beamten, entwickelt. Erst als der unabhängige Sozialist Stadtrat Schünning den Osthafen übernahm, ist mit der bürgerlichen Korruptionswirtschaft gründlich aufgeräumt worden. Die Verfehlungen wurden aufgedeckt, während sich die betreffenden Herren Votenmeister, die sich Billen in Biesdorf und ein Vermögen erworben hatten, in Tirol zur Erholung von ihren Schleichungen aufhielten. Außerdem steht fest, daß die Arbeitsleistung auf dem Osthafen unter der sozialistischen Leitung auf das Doppelte gestiegen ist.

Wir werden diese Beispiele der bürgerlichen Lügenpropaganda noch um einige ergänzen. Soviel kann aber jeder Wähler und jede Wählerin schon aus dem vorstehend aufgeführten entnehmen, daß am 16. Oktober seine Stimme der Unabhängigen Sozialdemokratie verloren gehen darf, die mit den Resten der bürgerlichen Mißwirtschaft in Groß-Berlin gründlich aufräumen wird.

Der Kampf gegen das Milchamt

Ein Eingeständnis der Milchhändler

Von einem Rolkereisachmann wird uns geschrieben:

Ein „Fachmann“ — soll wohl heißen ein Milchhändler — macht sich in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 4. Oktober anheißig, Milch an den Konsumenten zum Preise von 3,05 M. und auf Karten für 3,70 bis 4 M. abzugeben, wenn man ihn von den „Hesseln des Milchamtes“ befreit und ihm „freie“ Hand gibt. „Nächstgalt, ich hör' dir laufen. Zunächst einmal wollen wir feststellen, daß ähnliche Versprechungen bisher jedesmal von Seiten der betreffenden Produzenten und Händler gemacht wurden, wenn es galt, die Zwangswirtschaft oder die Kontrolle für das in Frage stehende Produkt aufzuheben. Wir erinnern nur an Haser, Eier, Milch, Butter, Fleisch usw. Und wie stehen die Preise für diese Artikel jetzt, nachdem der Wucher sich ganz zwanglos „ohne Fesseln“ ausbreiten kann?

Trotzdem für Milch die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, wird doch für Berlin durch das Milchamt eine gewisse Kontrolle ausgeübt, die sich auf die Preisbildung, Behandlung, Verteilung und Vergleichen erstreckt. Wie notwendig es ist, daß die Milchhändler und Produzenten durch das Milchamt ein wenig „gefesselt“ werden, damit sie nicht so ganz hemmungslos die minderbemittelte Bevölkerung schröpfen können, bezeugt der Verband norddeutscher Milchhändlervereine. Er erklärt in der „Deutschen Milchhändlerzeitung“ folgende bemerkenswerte Bekanntmachung:

„Der Ausschuss zur Regelung des Milchverkehrs in Hamburg hat wiederholt festgestellt, daß mit Recht Klage darüber erhoben wird, daß die vereinbarten Einkaufspreise trotz der reichlichen Milchzufuhr dieses Sommers in vielen Fällen überschritten wurden. Schuld hieran tragen sowohl Händler wie Lieferanten.“

Wohl in den wenigsten Fällen ist Not oder Zwang der Grund für solchen Preistreibernereien gewesen, sondern meist gänzlich falsche Berechnung und eine gewisse Verführung, im Winterhalbjahr nicht genügend Milch zum Verkauf zu haben. Daß ein solches unfaufmännisches Handeln den gesamten Milchhandel äußerst erschwert, ja sogar schädigend auf die ganze Milchversorgung

Scrab

Der Streifbrecher

Von Arthur Holtscher

(Nachdruck verboten.)

In New York dräben, zwei Straßenecken weit von der Landungsstelle, standen in einem wahnwitzig überfüllenden Gäßchen zwei Reihen von hochradrigen Karren, die mit dünnen Kleppern bespannt waren, knapp an die schimmigen Türen der Häuser gedrängt, in einer Brüche von schwarzem, fettigen Unflat. Zwischen den beiden Reihen war eine Kette von Cops aufgestellt, d. h. „Lupfer“ (coppers), breitschulterigen blauen Polizisten mit blanken Kupferknöpfen auf ihren Uniformen. Der schmale Raum, der vom Pflaster des Gäßchens zwischen den beiden Karrenreihen übrig blieb, war ganz von Cops besetzt; jedem hing von einem gelben Lederbügel eine gelbe, gewaltige Revolvertasche die Hüften herab. Der karierte Amerikaner pustete Tom die Reihe lang vorwärts, zwischen den Cops, vor sich hin, bis er ihn in den Torweg eines langgestreckten niederen und schmutzigen Hauses hineingepufft hatte.

Tom erhielt einen Dollar sowie zwei breite Lederfüßlinge und mußte sich in eine Reihe mit ähnlich zerkerten und verhungerten Riggern stellen, die auf dem Hofe des Hauses warteten, und bei denen er sich erkundigen konnte, was da eigentlich los sei. Ob man sie einsperren würde, oder ob sie Geld verdienen würden? Die Cops und die Dollargelbeser waren ein Problem, vor dem Toms Begriffsvermögen gleich von vornherein kapituliert.

Aber ehe er noch aus den Riggern ringsherum eine Antwort herausbekommen konnte, kam eine Patrouille von berittenen Cops dröhnend durch den niederen Torweg herein geritten. Die Rigger setzten sich in Bewegung, Tom wie die vorderen. Als die Reihe an ihm war, machte er es den anderen nach, stieg vorn auf den Karren hinauf, zog die Hänflinge über seine Hände, knallte mit der Peitsche über die Hügel, und der Klepper hob die Ohren.

Vorwärts ging's in einer langen Kette, so gut es das enge Gäßchen, die schmale Gasse um die nächste Ecke herum und die dann die winkligen und ebenso engen Straßen weiter in die Stadt hinein zuließen. Zwanzig, dreißig Karren und mehr noch, leere Karren, auf jedem oben ein schmiereriger und verhungert Rigger mit Hänflingen an den Händen und einer

Peitsche schräg vor der Nase. Zu beiden Seiten jedes Karrens je ein wohlgenährter und imposanter Cop, der auf einem heißen, gelbgezümmten Gaulde fest und sicher einberitt.

Hier und dort vor den Schnapstneipen, an einer Straßenecke, in einem Torweg, standen kleine Gruppen von Männern in schäbigen Anzügen, mit finsternen Gesichtern herum. Man konnte genau sehen, wie die Cops und ihre Pferde nervös wurden, die Männer sich in die Brust warfen, die Gänge unter den angezogenen Schenkeln ihrer Reiter zu tänzeln anfangen, so oft der Zug an einer dieser Menschenansammlungen vorüberkam. Die Revolvertasche am gelben Riemen machte einen kleinen Sprung mit. Sie und da bemerkte Tom, daß einer aus der Gruppe oder auch mehrere ihm etwas zuriefen, etwas, was ihn betreffen mußte, denn ein wuterfüllter, blauer Blick schob ihm über dem Wort, das ihm galt, direkt zwischen die Augen. Aber da er sich mit einem Blick nach vorn vergewisserte, daß die Rigger auf den anderen Karren sich auch nicht weiter an diese Worte und Blicke lehrten, bewahrte er seine Ruhe und hieß wohl noch als einzige Antwort eins mit der Peitsche dem Klepper die mageren Rippen lang.

Genau drei Tage später, als Tom am Abend in sein Logierhaus zurückkehrte, wo er mit den Riggern von den anderen Karren auf Schlafstelle war, hatte er in seiner Tasche drei zusammengeknüllte Dollarkassette und einen halben Dollar in Silber-, Nickel- und Kupfermünzen bei dem Taschmesser stecken — eine Summe, so groß, wie er bis zu diesem Abend noch keine sein eigen genannt hatte. Er sagte sich mit nicht geringer Genugtuung: auch keiner von seinen Leuten daheim hatte jemals solch beisammen in seiner Hosentasche getragen. Obzwar die Sozialisten ihn nicht wenig aufzogen wegen des ungleichen Paares von Schuhen an seinen Füßen, beschloß er, morgen in der Mittagspause doch, statt zu einem Schuhtrödler, auf das Postamt zu gehen und einen Teil seines Verdienstes an die Alten in Virginien zu schicken, damit sie leben mögen, daß er noch lebe, und daß es mit ihm sogar all right vorwärts ging in der Welt. Unter dem weißen Volk! In der großen Stadt, die keiner von der Familie noch jemals gesehen hatte. In der großen Jobstadt unter den weißen Bosses! Ihm armen elenden kleinen Rigger, der daheim unter den Ferkeln, ungebildet wie ein Ferkel großgewachsen war, gut genug, herumgezogen und schließlich gebraten zu werden auf dieser heißen Erde des weißen Herrgottes.

Im Schlafsaal saßen zwei Rigger auf dem Bett Jerry Kolans, Toms Schlafnachbarn. Ein paar andere standen um

die beiden herum, es war ein lautes Geschwäh im Raum. Jerry kam heute nicht zum Schlafen. Er und Gus, der breite kurze Rigger mit den vier sehenden Vorderzähnen, beide logen heute fest und mit verbundenem Kopf, verbundener Schulter im Lazarett an der Achtzehnten Straße. Jetzt, da die Cops die Müllkarren nicht mehr begleiteten, hatte Jerry von einem Weibchen mit einer nagelbespizten Latte eins über den Kopf bekommen. Auf Gus gar hatte man geschossen an der Ecke von Madison Square und der Fünften Avenue.

Tom setzte sich mit verwirrem Gesicht auf sein Bett und frag: „Lynchen sie jetzt die Rigger auch in New York?“ Ein alter Bursche mit weißem Kraushaar über seinem abbraunen Gesicht sperrte den Mund auf und seufzte: „It's the Look-out! Die Aussperrung! Das ist die Aussperrung!“

Einer auf Terrys Bett wußte zu erzählen, daß dräben an der Ostseite in manchen Straßen der Miß seit einer Woche fuhhoch auf der Straße liege, weil es zu gefährlich war, die Karren, sogar unter Polizeibedeckung, in jene Gegend zu schicken. Der Alte meinte, das sei ganz gut, denn das bedeute Arbeit für die nächsten Wochen hinaus, wenn man sich erst in der Bevölkerung beruhigt haben und die Karren unbehelligt passieren lassen wird. Billy Wintrop, der Rigger aus Oregon, hatte gehört, daß die Stadtverwaltung die ganze Müllabfuhr von nun an durch Rigger besorgen lassen wolle. Der große schwarze Bock von Harlem sei gestern vom Bürgermeister empfangen worden, das sei ein Zeichen, ein gutes Zeichen.

Tom machte sich im Grunde wenig Gedanken über all diese schwerverständlichen Dinge. Daß irgend etwas bei der ganzen Sache nicht in Ordnung war, dämmerte ihm wohl. Die beiden berittenen Cops, die einen so wenig wertvollen Transport wie eine Fuhrer Miß mit Revolvern bewachten; die farbigen Hausnechte, die aus den Häusern beim Herannahen des Karrens die großen eisernen Müllimer mit einem Knall auf den Rand des Bürgersteiges hinwarfen, um darauf gleich, wie von einer Schlange gestochen, hüch, wieder in ihren Häusern zu verschwinden; das doppelte Aufgebot von Schulleuten, unten an der Landungsstelle der Kähe an Hudson, in die die Karren ihre Ladung umstülpten, damit sie sie nach dem Mistkrematorium bei Rodaway hinausfuhren; über alle diese Dinge machte sich Tom wenig Gedanken. Morgen ging aus seiner Tasche ein mit rechten Dingen erworbener Dollar nach Virginien heim zu den Alten in der alten Hütte.

(Fortsetzung folgt.)

...wird, weil es wünschenswert ist, dass es auf der Hand...

Wenn Händler und Lieferanten nicht unbedingt im Milchhandel... wieder auf gesunde Verhältnisse zurückzuführen...

Das ist kein Kontroversen, das ist offenkundiger Betrug...

Hier wird also von Leuten, die die Verhältnisse genau kennen... den „Nachmännern“ vorgehalten, dass sie gar nicht daran denken...

Aber die Existenz des Milchamtes ist den „Nachmännern“ noch... aus einem anderen Grunde unangenehm. Vor dem Kriege war...

Wer daher gegen Milchwucher und gegen die Milch... fälschungen ist, wer eine hygienisch einwandfreie Milch...

Das Fladerzeichen

Wenn du, o Mensch, mit einem anderen Menschen sprechen... willst, ohne ihn anzusehen, so brauchst du nur den Hörer abzu-

Wenn ihr aber Telefon habt, so antwortet dir eine Stimme:

„Ist dort Herr Müller?“ „Wer ist denn dort?“ „Ich möchte Herrn Müller sprechen.“

Das ist also eine falsche Verbindung, antwortet Herr Müller... Roden 1800 hat. Nachdem du diese Feststellung gemacht hast...

Sowohl, das Fladerzeichen — und jetzt auch ich wohl oder übel... diese beherrschende Abhandlung schließen. Ich weiß nämlich auch...

Angenehm ist es ganz einfach. Man drückt dreimal auf die... Kasten und die fünfundschrägzig Pfennig zu tragen. Bedenke, daß...

Fladerzeichen! H. E. K.

Aus der Geschichte des Wedding

Von Gustav Blaschitz

Der Verwaltungsbezirk III der Gemeinde Berlin hat bekanntlich... den Namen Wedding erhalten. Ein alter, fast vergessener...

Straße an Straße, von hohen Reitschloßern umfäumt, steht... heute an der Stelle, wo einst die Kinder und Schafherden der...

Die Sorge um das tägliche Brot ist auch bei dem größten Teil... der heutigen Bewohner ein ständiger Gast. Die Mehrheit der...

Der heutige Wedding ist kaum 150 Jahre alt. Erst in den... letzten Jahrzehnten setzte seine rapide Entwicklung ein, die um...

...Aber fukhoch bedekt, so daß das Land mit der Zeit nur noch als... Weise benutzt werden konnte.

Nach der Einführung der Reformation in der Mark fiel die oben... erwähnte Mühle, die dem Kloster in Spandau gehörte, an den...

Im dreißigjährigen Kriege verfiel das Vorwerk, nur die Schäferei... blieb, die vom Vorwerk Konbion aus betrieben wurde.

Im Jahre 1701 fand König Friedrich bei einer Jagd in der... Nähe der Wedding Mühle eine Quelle, die mineralhaltig war.

Öffentliche Wähler-Versammlungen

Donnerstag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr

- Sebastianstr. 39, bei Wille (Mieterversammlung)
Ebertstr. 10, Ecke Kochmannstr., Lokal Jerssch
Fidicienstr., Buchbrauerei (Versammlung des techn. Personals)
Bankow, Schulaula Wollanstr. 181
Lichtenberg, Bürgerfesthalle, Frankfurter Allee Ecke Ruchstr.

Freitag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr

- Andreasstr., Andreas-Festhalle
Eidenaer Str., Viehhofstraße
Schulaula Reichenderger, Ecke Forster Str.
Schulaula Mantuffelstr.
Schulaula Hohenlohestr.
Landsberger Str. 31, Residenz-Festhalle
Memeler Str. 67, Comeniusstraße
Schulaula Christburger Str. 14
Schulaula Alte Jakobstr. 127
Fichtestr. 29, Rabes Festhalle
Kommandantenstr., Armin-Holten
Schwedter Str. 23, Büttner's Festhalle
Schulaula Kleinstr. 49
Verlängerte Carmen Sylvastr., Hermann Feine
Schulaula Greisenhagener Str. 20
Gartenstr. 25, Humboldt-Gymnasium
Bülowstr., Nationalhof
Wielestr. 24, Moabiters Gesellschafterhaus
Stralau, Lokal Schaner
Lichtenrade, Waldrestaurant Rohrmann
Niederschönhausen, bei Schöper, Lindenstr.
Bankow, Schulaula Grunowstr.
Neukölln, Altem's Festhalle, Hosenheide, großer Saal
Lichtenberg, Aula Parkhaus, an der Wöllendorferstr.
Hohenschönhausen, Schulaula Abderhansstr.
Brig, bei Beder, Chausseestr. 97
Johannisthal, Restaurant Lustverkehr
Charlottenburg, Aula Realschule Dandelmännstr. 26-28
Lichterfelde, Aula Realschule, Drafestr.
Schöneberg, Fichte-Schule, Kolonnenstr. 22-24
Alt Glienicke, Lokal Bohne, Oranienauer Str.
Wohnsdorf, bei Hüß, Schulgendorfer Str.
Mariensfelde, Moldenhauer, Berliner Str. 114
Tempelhof, Realschule, Kaiserin-Augusta-Str.
Spandau, Bismarckstraße, Fehlbtr. 52
Siemensstadt, Heideberg, Nonnenbamm-Allee
Tiefwerder, Niemans Festhalle
Vorsigwalde, Vorsigwalder Festhalle, Spandauer- Ecke Konradstr.
Buckow bei Brig, Turnhalle
Zehlendorf, Lindenpark, Berliner Str. 8 (Ref. Genossin Wepl)

Als 1760 Dr. Behm hier eine Kuranstalt einrichtete, wurde der... Gesundbrunnen an der Friedrichsquelle ein beliebter Aus-

Zwischen 1770 und 1780 wurden auf den städtischen Ländern... Kolonisten angesiedelt: 13 Stellen auf der rechten Seite der...

In einem weiteren Aufsatz soll der Geschichte des Weddings im... 19. Jahrhundert gedacht werden.

Nach den Erwerbslosen

Aus unserem Leserkreis gehen uns wiederholt Beschwerden... darüber zu, daß in vielen Reichs- und Staatsbetrieben nicht selten...

Zum „Fall“ des Ehrenobermeisters

Die Berliner Handwerkskammer beschäftigte sich in einer... Sitzung am Mittwoch mit der Angelegenheit ihres früheren Prä-

Ueber das bisherige Ergebnis der Untersuchung des Ober... präsidenten gab der Spezialkommissar der Aufsichtsbehörde, Ober-

Vorher wurde in der gleichen Sitzung an Stelle des so ehren... voll gegangenen Oberpräsidenten der Kammer der

Die Post als Jungfernstift

Die Oberpostdirektion Berlin beschäftigt sich nicht nur mit... technischen und verwaltungstechnischen Arbeiten, sie sorgt

Es ist natürlich unerzörl, wenn eine Postbeamtin ein Ver... hältnis hat. Das paßt zu der Politik gegen die unehelichen

Eine Ehefrau, die Betanlassung zu einem Mordgericht gab... hat sich gestern nachmittag in Schöneberg abgespielt. In der

Eine gefährliche Brücke. Die im Zuge der Schwedter Straße... über die Ringbahn führende Brücke ist bis auf weiteres wegen

Volkshochschule Neukölln. In diesem Wintersemester findet... ein Kursus zur Erlernung der Esperanto-Sprache statt.

Aus der Partei

Bezirksparteitag für Schleswig-Holstein

In Neumünster fand am Sonntag, den 2. Oktober, ein Bezirks... parteitag für Schleswig-Holstein statt. Aus dem Geschäftsbericht

Als Vertreter des Zentralkomitees hielt der Genosse Künster... ein zweistündiges Referat über die politische Situation, Götlich

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die Zentralmehlsale werden morgen, Freitag früh, veröffentlicht. Kommt... die Müllerei nicht an, so werden sie, nach dem bis heute abend 7 Uhr

Donnerstag, 13. Oktober

- 1. Verwaltungsbereich, 17. Bezirk, Material abholen bei Wittich.
14. Verwaltungsbereich (Neukölln, Brig, Buckow), Fugitorenkommission.
15. Verwaltungsbereich, Bezirk Tempeln.
16. Verwaltungsbereich (Neukölln, Tempeln).
17. Bezirk (Wedding), Kindergruppe.
18. Bezirk, Abteilungsführer holen heute abend Material ab vom Genossen

Bereinskalender

- Donnerstag, 13. Oktober
Arbeiter-Emancipations-Kommission.
Schwabenklub der Schwabens.
Verband Volksgesundheit.

Ein sozialpolitischer Rückschritt

Wiedereinführung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe

Die „Zeitliche“ vom 7. Oktober 1921 berichtet, das Reichsarbeitsministerium habe einen Gesetzentwurf vorbereitet, durch den die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die jetzt grundsätzlich durch § 106b der Gewerbeordnung vorgeschrieben ist, wieder abgeschafft werden soll. Der erwähnte Paragraph läßt an Sonntagen, an denen besondere Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen, eine Beschäftigung bis zu acht Stunden zu und zwar kann die Polizeibehörde höchstens sechs, die höhere Verwaltungsbehörde höchstens weitere vier solcher Ausnahmefreize in Jahre zulassen.

Im allgemeinen ist also die völlige Sonntagsruhe eingeführt; sie kann nur für jährlich höchstens zehn Sonntage, an denen besondere Verhältnisse vorliegen, außer Kraft gesetzt werden. Das Reichsarbeitsministerium plant jetzt, den Grundgesetz der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wieder zu beseitigen und will den höheren Verwaltungsbehörden das Recht geben, in jedem Monat an einem Sonntag eine Beschäftigungsdauer bis zu drei Stunden zuzulassen. Die einengende Vorschrift, daß dafür besondere Verhältnisse vorliegen müssen, wird also aufgehoben. Daneben soll die untere Verwaltungsbehörde für zwei weitere Sonntage im Jahre, „an denen besondere Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen“, bis zu je sechs Stunden Verlaubnisse zulassen können. Der Charakter der Änderungen, die das Reichsarbeitsministerium plant, liegt klar zutage. Der Grundgesetz der völligen Sonntagsruhe, der jetzt nur unter bestimmten Voraussetzungen durchbrochen werden kann, soll aufgehoben werden.

Das Land Bayern ist bisher schon viel weiter gegangen, indem es den § 106s der Gewerbeordnung nichtbündlich angeschlossen hat. Der § 106s der Gewerbeordnung gestattet den höheren Verwaltungsbehörden, für „Gewerbe, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervor tretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist“, Ausnahmen von der Sonntagsruhe zuzulassen. Daraufhin hat die bayerische Regierung durch Verordnung vom 17. August 1921 angeordnet, daß in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern an vierundzwanzig Sonntagen im Jahre in allen Zweigen des Handelsgewerbes gearbeitet werden darf. Und zwar darf an zehn Sonntagen je acht Stunden gearbeitet werden und an 14 Sonntagen je drei Stunden. Das Reichsarbeitsministerium hat zwar hinter den Kulissen gegen das Vorgehen der bayerischen Regierung protestiert, bisher aber nicht den Mut aufgebracht, öffentlich dagegen einzuschreiten.

Für den 7. November hatte das Reichsarbeitsministerium eine Besprechung von Unternehmern und Angestelltenvertretern des Handelsgewerbes und der bundesstaatlichen Regierungen sowie des Städtetages usw. einberufen, wozu auch landwirtschaftliche Unternehmer und Arbeiter eingeladen waren. Von den Vertretern der Industriearbeiter erhoffte das Reichsarbeitsministerium wohl keine Zustimmung zu seinem Plan und hatte daher solche nicht eingeladen. Die Angestelltenvertreter protestierten in dieser Sitzung gegen die vom Reichsarbeitsministerium geplante Verschlechterung der Sonntagsruhevorschriften; der Vertreter des AFA-Bundes verlangte auch eine Beseitigung der gegenwärtig noch auf Grund des § 106b zugelassenen allgemeinen Ausnahmen. Die Vertreter der Länder Sachsen und Mecklenburg bezeichneten die neue Vorlage des Reichsarbeitsministeriums als von ihrem Standpunkt aus nicht notwendig. Preußen trat für die Vorlage ein. Zur größten Verwunderung der anwesenden Angestelltenvertreter verlangte aber der Regierungsvorsteher von Oldenburg die völlige Beseitigung des Grundgesetzes der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe; er forderte für Orte mit weniger als 8000 Einwohnern ein Offenhalten aller Läden an zwei Stunden jeden Sonntag, auch Bayern äußerte sich in diesem Sinne. Die anwesenden Unternehmer hatten sich von ihrer Ueberzeugung bald erholt, und obwohl einige von ihnen wenig Wert auf eine Änderung des gegenwärtig Bestehenden legten, taten eilige schließlich unter dem Eindruck der Ausführungen des oldenburgischen und des bayerischen Regierungsvorstehers so, als ob die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ein Verbrechen am Volke sei. Die anwesenden Vertreter der Gemeinden standen dem neuen Entwurf des Reichsarbeitsministers durchaus läßlich gegenüber. Von dem Vertreter des AFA-Bundes wurde wiederholt angefragt, wie sich das Reichsarbeitsministerium zu dem Vorgehen Bayerns stelle, das durch eine nichtbündliche Anwendung von § 106s der Gewerbeordnung einfach den § 106b außer Kraft setzt hat. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärte jedoch, zu einer Beantwortung dieser „heißigen Frage“ keinen Antrag zu haben.

So ist also der christliche Reichsarbeitsminister drauf und dran, die von der sozialistischen Regierung im Februar 1919 erlassenen Sonntagsruhevorschriften zu befeitigen und im Gegensatz zu seiner angeblich christlichen Weltanschauung die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe wieder einzuführen, wobei gar nicht zu übersehen ist, welches die Triebkräfte sind, die ihn zu seinem Vorgehen bewegen. Staunenswert ist jedenfalls, daß das Reichsarbeitsministerium sich hier ohne erkennbaren Anlaß zu allgemeiner Ueberzeugung so schnell zu einem Vorgehen entschließt, wogegen es so außerordentlich langsam zu arbeiten in der Lage ist, wenn es sich darum handelt, einem sozialpolitischen Fortschritt den Weg zu ebnen. Der Dienstag wird Herrn Dr. Brauns Gelegenheit verschaffen, darüber Aufklärung zu geben.

Rudolf Roder erklärte in seiner Eröffnungssprache, die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung ständen gegenwärtig in einer kritischen Situation. Die Entwicklung bewege sich nach rechts und die nach dem Abschluß des Weltkrieges auf eine revolutionäre Wendung gerichteten Hoffnungen seien gescheitert. Die sozialistische Bewegung könne unter diesen Verhältnissen keine agitatorische Offensive unternehmen, sondern müsse sich darauf beschränken, ihr Einflußgebiet zu erhalten und zu befestigen.

Zehnfaches Postporto

Am 12. Oktober wird im Reichspostministerium der Verkehrsbeirat sich mit der Erhöhung der Postgebühren beschäftigen. Die Post hat ein Defizit von fast 2½ Milliarden Mark im Rechnungsjahr 1921. Zur Behebung des Defizits schlägt die Post eine Erhöhung auf das Zehnfache des Friedensbetrages vor. In Zukunft soll kosten:

Postkarte im Ortsverkehr	50 Pf.
Postkarte im Fernverkehr	75 Pf.
Brief im Ortsverkehr	75 Pf.
Brief im Fernverkehr	100 Pf.
Telegramme pro Wort	50 Pf.

Im gleichen Maße sollen Pakete und Drucksachen verteuert werden. Zahlkarten im Postverkehr müssen diese Verdoppelung der gegenwärtigen Gebühren tragen. Die Fernspreckgebühren sollen um 20 Prozent erhöht werden. Die Auslandspostgebühren sollen im allgemeinen doppelt so hoch gehalten sein als die Inlandspostgebühren.

Die englische Wirtschaftskrise

Aus London wird uns unter dem 5. Oktober geschrieben: So wichtig die irische Frage ist, das Arbeitslosenproblem überschattet sie doch. Während der letzten Wochen hat sich die Lage der Industrie wesentlich verschlechtert. In der Landwirtschaft, in der Maschinenindustrie, im Bergbau und im Schiffbau verschärft sich die Krise, so daß, falls es zum Streik oder zu Aussperrungen kommt, die Zahl der dann Arbeitslosen Englands auf 5 Millionen steigt. Ein gewisses Anzeichen der Einsicht auf Seiten der Arbeitgeber ist ja die verschobene Aussperrung der Landarbeiter in Norfolk. Die Aussperrung war angebrochen worden, falls die Landarbeiter sich weigern sollten, in eine Kürzung ihrer Löhne einzuwilligen. — Die Verhandlungen sind indessen noch nicht abgeschlossen und werden zweifellos mit einer Lohnreduktion im ganzen Lande enden. Die dadurch erzeugte Unzufriedenheit der Landarbeiter ist eine der bedenklichsten Symptome in der gegenwärtigen Situation. Weltläufig mag erwähnt werden, daß die Landarbeiter drohen, falls man ihre Löhne — wie beabsichtigt — von 42 Schilling auf 30 Schilling herabsetzen sollte, das Arbeitshaus vorzuziehen.

Die Streitfrage in der Maschinenbauindustrie und im Schiffbau soll auf einer morgen beginnenden Konferenz, an der auch Vertreter des Arbeitsministeriums teilnehmen, geregelt werden. Daneben verschärft sich die Situation im Bergbau, wo neuerdings die Grubenbesitzer Zeichen schließen, obwohl sie nach dem Juliabkommen zur Aufrechterhaltung des Betriebes verpflichtet sind.

Was aber tut die Regierung, um dieser täglich wachsenden Krise zu begegnen? Die Rede des Premierministers Lloyd Georges in Zwoernek vorige Woche ist ein Musterbeispiel für die Hilflosigkeit und Unfähigkeit der Regierung. Der Mann, „der den Krieg gewonnen und den Frieden gemacht hat“, erzählt uns jetzt, es werde Jahre währen, um den Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse zu befeitigen, der aus der Vernichtung der Wirtschaftsquellen der Nationen resultiert. Der Mann, der sich von Frankreich während der ganzen kritischen Friedensperiode an der Nase herumzuführen ließ, erklärt jetzt, gerade als ob er der erste wäre, der an solche Dinge denkt, daß Zusammenarbeit und Uebereinstimmung mit unseren Nachbarn die einzige feste Grundlage bilden für das Wohlergehen einer Nation und daß man die Wechselkurse nicht stabilisieren könne, solange man nicht die auswärtige Politik und die Finanzpolitik stabilisiert habe. Es ist bedauerlich, daß Herr Lloyd George diese elementaren Grundzüge nicht vor dem Abschluß des Versailler Vertrages entdeckt hat, sondern daß er stets jene unterließ, die, einerlei wo, Deutschland und Rußland zu gestören streben. Was man jetzt von ihm erwartet, sind nicht schöne Reden, die Jahre zu spät gehalten werden, sondern Anregungen für eine praktische Politik im Augenblick. Aber davon ist nichts zu sehen. Mittlerweile wächst die Erbitterung im ganzen Lande und die Stimmung der früheren Soldaten kommt zum Ausdruck in den Zuhälften der Banner, die sie bei den Arbeitslosendemonstrationen führten und in denen hingewiesen wird auf die hohen Versprechungen im Jahre 1914 und die Gleichgültigkeit, mit der man jetzt der Not gegenübersteht.

Aus der Parteipresse

Die soeben erschienene Nr. 40 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Frage und Antwort von Rud. Breitscheid; Der Berliner Parteitag von Hans Blod; Zusammenarbeit der Klassen oder Klassenkampf? von L. Martow; Machiavelli oder Marx? von Max Peters; Der Konflikt in Ägypten von A. Renoutch; Die Sozialisierung, ihre Wege und Voraussetzungen von Carl Ballod; Notizen.

„Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W 15, zum Preise von vierteljährlich 20 Mark, Einzelnummer 2 Mark, zu beziehen.

Die neueste Nummer der „Kämpferin“ enthält folgende Beiträge: Zwei Eisen im Feuer. — Die „Doppelzüngigen“. — Die „Internationale der genossenschaftlich tätigen Frauen“. — „Hygiene des täglichen Lebens“ II. — Wie sich zwei Menschen lieb haben und was dann geschah. . . . — Zeugnisse zum ökonomischen Ursprung der Ehe. — Die Arbeiter und die Volkshochschule. — Fragen. Sehnsucht. (Gebicht). — Bücherchau. — Kinderbeilage. Die „Kämpferin“ erscheint monatlich zweimal. Die Einzelnummer kostet 50 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2 Mark, Kreuzbandsendung 4 Mark.

„Sozialistische Genossenschaft.“ Die soeben erschienene Nr. 10 der „Sozialistischen Genossenschaft“ enthält folgende Beiträge: Frauenmitarbeit in der Konsumgenossenschaftsbewegung, Kultur des Konsums — Verkürzter Kampf der Unternehmer gegen die hausgemachte Sozialisierung — Die notwendige Höhe des Geschäftsanteiles — Auslandsmission — Berichte — Genossenschaftsbewegung — Eingänge. Die „Sozialistische Genossenschaft“ erscheint monatlich zweimal und ist durch die Post zum Preise von vierteljährlich 10 Mark zu beziehen.

Helfferich — der Gelegenheitspolitiker

Der Mann ohne Ueberzeugung

Der Freiburger Professor Zeit Valentin hat ein Werk herausgegeben: „Deutschlands Außenpolitik 1890 bis 1918“, das soeben in der deutschen Verlagsanstalt für Politik und Geschichte, Berlin, erschienen ist. Es ist zum Teil auf Grund amtlichen Aktenmaterials geschrieben und beschäftigt sich auch eingehend mit der vielartigen Rolle, die Dr. Helfferich als Staatssekretär und später als Vizeminister während des Krieges gespielt hat. Das Urteil, das Valentin in einer zusammenfassenden Charakteristik über ihn fällt, ist für Helfferich als Politiker und Charakter außerordentlich besitzend. Valentin knüpft an die Haltung Helfferichs in der U-Bootfrage an und schreibt:

Ein großer Staatsmann würde sich niemals zu einem Kriegsmittel entschließen haben, dessen Unsicherheit so notorisch und dessen politische Gefahr so ungeheuer war. Staatssekretär Helfferich hat durch seine ganze Haltung in der Unterseebootfrage den Anspruch darauf, ein Staatsmann von Rang zu sein, verwirkt. Es ist schlechterdings kein Moment wirtschaftlicher Natur nachzuweisen, das die Ausschüßten des Unterseebootkrieges in der Zeit vom 9. bis 31. Januar verbessert hätte. Helfferich hat eben nur einfach getan, was ein Opportunist und Gelegenheitspolitiker tut: er hat einen von den maßgebenden Stellen geforderten Befehl wider besseres Wissen und wider innerste Ueberzeugung gegenüber dem Parlament verteidigt, unter Einlegung seiner Autorität als Wirtschaftspolitiker. In diesem letzten Moment liegt das allerbedenklichste. Er hat beim Hauptanschluß den Eindruck hervorgerufen, als sei der Verzweiflungsschritt der deutschen Reichsleitung eine durch Momente der internationalen Wirtschaft zu rechtfertigende Handlung. Unter allen Umständen hätte aber Staatssekretär Helfferich nach seiner ganzen bisherigen Stellungnahme jede Möglichkeit ergreifen müssen, den Unterseebootkrieg noch einmal aufzuschieben.

„Wider besseres Wissen“ und „wider innerster Ueberzeugung“ gehandelt zu haben, ist wohl der denkbar schlimmste Vorwurf, den man einem Politiker machen kann. Er ist aber Helfferich gegenüber vollkommen berechtigt. Helfferich hat aber nicht nur beim U-Bootkrieg so gehandelt, sondern stets, so auch jetzt bei der Steuerpolitik. Sein frankhafter Ehrgeiz steigt dann stets über Ueberzeugung und Meinung. Deshalb paßt er auch so gut wie Herzog zum Führer der Deutschnationalen Volkspartei.

Sie wollen nicht zahlen

Am Dienstag fand eine Delegiertenversammlung des Schahverbandes für deutschen Grundbesitz statt. Die Steuerfurchen der leistungsfähigsten Kreise unserer Bevölkerung trat hier wiederum deutlich zutage. Alle Redner wandten sich in der schärfsten Weise gegen die den Besitz überaus schonend behandelnden Steuervorlagen der Regierung, besonders scharf der Führer der Berliner Deutschnationalen, Stadtm. Steiniger. Einmütig wurde eine Entschliebung angenommen, in der es heißt:

„Der Schahverband steht hinsichtlich der Erfassung der Sachwerte (Gold- und Bollenwerte) nach wie vor auf dem Standpunkt der Entschliebung vom 30. Juli 1921. Er lehnt daher jede dingliche Beteiligung des Reiches und des Staates an Realwerten ab, verwirft die Goldzwangsgrundschuld und verurteilt jede Versteigerung, die vorwiegend auf parteipolitische Ausnutzung der Realwerte und auf Enteignung großer Teile des Volkvermögens abzielt und die Gefahr der Auslieferung des deutschen Grundbesitzes und der deutschen Industrie an den Feindbund herbeiführt. Er fordert grundsätzlich die Wahl von Ertragssteuern und hält die Erhebung von Besitzsteuern nur ausnahmsweise und nur insoweit für zulässig, als sie die Möglichkeit offen lassen, die Erzeugung zu erhalten und zu steigern. Von den bis her bekanntgewordenen Steuerplänen wird der Plan einer

laufenden Vermögensabgabe mindestens insoweit für unannehmbar erachtet, als er den gemeinen Wert zum Ausgang nimmt und dem Reichsfinanzminister hinsichtlich der Bewertung des Vermögens diktatorische Gewalt (Blankoollmacht) erteilt.“

Wenn es nach diesen Herren ginge, dann würde die große Steuerlast des Reiches ausschließlich aufgebracht durch Steuern, die die minderbemittelte Bevölkerung tragen muß. Das ist ja kein Wunder, denn die Führer dieser Organisation sind alles gute Deutschnationalen, die bekanntlich immer lieber die anderen für sich zahlen lassen. Das sollten sich insbesondere die kleinen Kapitalrentner merken, die ja durch die Geldentwertung bereits zum großen Teil enteignet sind.

Und doch Kartoffelausfuhr!

Gebern versicherte das Reichsernährungsministerium, Beschreibungen von Kartoffeln nach dem Auslande finden nicht statt, und heute lesen wir in der „Frankfurter Zeitung“ folgenden Bericht aus Aachen:

Bekanntlich ist die diesjährige Kartoffelernte gerade im Rheinland eine äußerst geringe. Schon in den besten Jahren reicht die rheinische Kartoffelernte bei weitem nicht aus, dies starkbevölkerte Gebiet aus der eigenen Erzeugung zu versorgen. Um so ungeheurer ist es, daß Schieberfirmen den niedrigen Stand der deutschen Valuta benützen, um große Mengen Kartoffeln aus den angrenzenden rheinischen Gebieten nach Frankreich und Belgien auszuführen. Bekannt ist das jetzt von der hiesigen Firma Mond u. Co., die 300 Tonnen Kartoffeln nach Belgien, und von der Firma Barz in Köln, die 250 Tonnen Kartoffeln nach Frankreich verschoben hat. Beide Firmen hatten sich an die Emser Ein- und Ausfuhrstelle gewandt und ihre Ausfuhranträge für Kartoffeln damit begründet, daß es sich um Saatkartoffeln handle, die zu Nahrungszwecken nicht verwendbar seien. Natürlich wurden die Ausfuhranträge beider Firmen von den entsprechenden Deputierten in Emser abgewiesen. Daraufhin wandten sich beide an den französischen bzw. belgischen Delegierten, um von diesen die Erlaubnis zur Ausfuhr der im Rheinland dringend notwendigen Kartoffeln zu erlangen. Sie erreichten auch, daß ihnen — da erstaunlicherweise die in Frage kommenden Delegierten der Angabe, daß die Kartoffeln zu Speisewezden nicht verwendbar seien, Glauben schenken — auf Befehl des Internationalen Comité Exécutif die Ausfuhrbewilligungen erteilt wurden. Wo bleibt da die Fürsorge für die rheinische Bevölkerung, von der die Rheinlandkommission immer so schön zu reden weiß?

Was wird mit diesen Hallunken geschehen, die ob schänden Gemins wegen die deutsche Bevölkerung verhungern lassen?

Die Totenziffern von Oppau

Die Zahl der Toten und Vermissten des Oppauer Anglids hat nunmehr nach amtlichen Mitteilungen 600 überschritten, nachdem noch mehrere Schwerverletzte in den Krankenhäusern gestorben sind. Die Zahl der Erblindeten ist etwas kleiner als ursprünglich mitgeteilt wurde.

An Spenden sind bisher über 60 Millionen angebracht worden.

Kongress der Syndikalisten

Im Rittersaal der Städtischen Tonhalle zu Düsseldorf trat am Sonntag der von etwa 500 Delegierten bestellte Reichskongress der Freien Arbeiterunion Deutschlands (Syndikalisten) zusammen. Der Vorsitzende, Fritz Kater (Berlin), und der geistige Führer, Rudolf Roder, saßen in ihren Eröffnungssprachen viele Vertreter sozialistischer und anarchistischer Organisationen aus Holland, Skandinavien, Frankreich und anderen Ländern begrüßen. Sie teilten mit, daß in Düsseldorf gleichzeitig mit dem Kongress die Gründung einer syndikalistischen Internationale in bewährter Mischung der Moskauer roten Gewerkschaftsinternationale vorbereitet werde.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besorgt das brilliante erprobte und bewährte
Kukirol
Scheidt A. 139 in Frankfurt a. M. Original-erhältlich

Die Unternehmer in verzweifelter Lage

Der Streik im Gastwirtsgewerbe

Während der Chor des bürgerlichen Blätterwaldes andauernd davon spricht, der Streik des Kartells der Arbeitnehmer im Gastwirtsgewerbe sei erledigt und die Betriebe seien besetzt, sind wir genötigt, Tatsachen festzustellen, die ein wesentlich anderes Bild von der verzweifelteren Lage ergeben, in der sich die Gastwirte und Hoteliers befinden. Den streikenden Angestellten wurden allseitig Kündigungsbriefe zugesandt. Dieser — Schreck versagte aber vollständig; die Front des Kartells steht unerschütterlich da. Fortwährend versuchen viele einzelne Unternehmer durch schriftliche und mündliche Ueberredung das ausständige Personal zu veranlassen, in die Betriebe zur Arbeit zu gehen. Selbst die Streikposten werden dauernd mit solchem Ueberredungsversuchen beschäftigt. Dabei lassen viele Unternehmer durchblicken, daß sie sich eigentlich nur dem

brutalen Terror des Unternehmerverbandes

unterwerfen, der gegen eine Konventionsstrafe von 500 Mark per Angestellten gegen diejenigen Mitstreiker vorgeht, die die Fortführungen bewilligen. Wir erfahren auch, daß die „Solidaritätsbeziehung“ der vielen kleinen „besten“ Schnapsstiepen, die ihre Betriebe schließen, nicht aus eigenem Antrieb zustande kam, sondern weil den großen Schnapsfirmen der

Wirtschaftsboykott der Gastwirte

angedroht wurde, wenn sie nicht schließen würden. Daraus geht mit Evidenz hervor, daß viele Gaststätten durch die brutale Nötigung des Arbeitgeberverbandes geschlossen sein müssen, ein Gebahren, das unserer Meinung nach u. a. den Staatsanwalt interessieren müßte. Wie oberhalb die Argumente der Unternehmer sind, erhellt auch daraus, daß sie den Einigungsversuch des Berliner Gewerbegerichtes, das für vorgestern einen Verhandlungstermin anberaumt, sabotierten.

In den Hotels sieht es derweilen schauerhaft aus, wie wir uns selbst überzeugen konnten. Die Gäste verpflegen sich nun vielfach selbst mit Konserven, die hanjeweise herumliegen. Das untere Personal hält tarifer Hand, und bezeichnend für die Solidarität der Hotelangestellten ist die Antwort eines Hoteldieners, der persönlich von der Direktion gebeten wurde, das Müll zu entfernen. Er erklärte, man solle ihm das Müll der — Eutente-Offiziere herausnehmen, welches er zu befehligen sich bereit erklärte. So sieht die Wirklichkeit aus, während die

Lügenfront der Presse

gleich die schwindelhaftesten Märchen und Tatsachen nach sich bringen sich nicht scheut.

Wie fest die Front der Streikenden ist, geht auch daraus hervor, daß nicht nur die gewöhnlichen Restaurateure, die politisch indifferent sind und sich an Unbilligkeiten erlassen, mitmachen, sondern auch der Gewerksbund, der liberale Standestraditionen pflegt, im Kartell vertreten ist. All dies bedeutet eine solidarische Einheitsfront der Streikenden, die nichts zu wünschen übrig läßt.

In welcher Weise die in Arbeit stehenden Angestellten für die streikenden sorgen, die kein eigenes Heim haben, haben wir selbst vornehmlich bei einer Anspreissaktion gesehen, für die der Betriebsrat der Adlonbelegkassette auskam. An lauter gedeckten Tischen wurde ein reichliches, erstklassig zubereitetes Essen serviert, außerdem bekam jeder ein Abendrot mit. Es war geradezu erbebend, Zeuge dieser

solidarischen Hilfsaktion

zu sein. Inzwischen haben über 450 Betriebe mit 7000 Angestellten Frieden mit dem Kartell geschlossen, und es kann mit fast mathematischer Genauigkeit errechnet werden, wann die Scharfmacher im Verband der Gastwirte die Segel werden streichen müssen.

Gebt kein Trinkgeld!

Diese bewilligten Betriebe tragen zur Kennzeichnung grüne Plakate. Es ist wohl unnötig, unsere Genossen extra darauf hinzuweisen, daß nur solche Lokale besucht werden sollen, die das Abkommen mit dem Kartell der Arbeitnehmer im Gastwirtsgewerbe getroffen haben. In diesen Gaststätten arbeiten nun die Angestellten zu den neuen Bedingungen und sind nicht mehr angewiesen, Trinkgelder zu nehmen. Die bürgerliche Presse erzählt aber immer wieder, daß Trinkgelder angenommen werden. Aus moralischen Gründen ist nun jeder Gastwirtsangestellte verpflichtet, die Annahme von Trinkgeldern strikt abzulehnen, soll nicht die große Bewegung zur Abschaffung des Trinkgeldes geschädigt werden. Sollte es dennoch einzelne Stellen geben, die sich ihres unwürdigen Tuns nicht bewußt sind, so sind solche „Totengräber“, wie sie auf den Versammlungen der Gastwirtsangestellten genannt wurden, sofort zu stellen, dem Betriebsrat zu melden oder uns resp. der Organisation diese Fälle zur Kenntnis zu bringen. Die Gastwirtsangestellten in den bewilligten Betrieben sind sich der Wichtigkeit des

erzogenen Prinzipes auch bewußt und verpflichten sich aus eigenem Antrieb, keine Trinkgelder anzunehmen. So beschloßen die Angestellten des Café Ziella, ab 8. Oktober jegliches Trinkgeld höflich abzulehnen.“ Sie verlangten weiter, daß das Kartell in allen bewilligten Betrieben veranlassen soll, daß die gleichen Entschlüsse von den Angestellten gefaßt und durchgeführt werden.

Diese Stellungnahme wird sicherlich ihren Zweck nicht verfehlen, und wir müssen unsere Leser aufmerksam machen, mit diesem widerlichen Trinkgeldbettel nun energisch aufzuräumen, keine Trinkgelder anzunehmen, keine zu gewähren und trinkgeldgierige Gastwirtsangestellte energisch zur Rede zu stellen. Nur so werden wir das Vassallenschweigen überwinden, und nur so helfen wir zugleich den Gastwirtsangestellten in ihrem Kampf.

Kulturarbeit der Gewerkschaften

Gründung der Berliner Gewerkschaftsschule

Die Aufgaben der Gewerkschaften umschrieb schon Karl Marx im Jahre 1847 in seiner berühmten Schrift „Zur Kritik der Philosophie“, in welcher er die gewerkschaftlichen Organisationen als Vollzugsorgane des proletarischen Befreiungskampfes bezeichnete. Ihre Aufgaben befänden nicht nur darin, den reinen wirtschaftlichen Kampf, sondern es müsse auch Aufgabe der Gewerkschaften sein, den politischen Kampf zu führen, der sich nicht gegen den einzelnen Unternehmer zu richten hätte, sondern der geführt werden müsse gegen die Grundlagen des kapitalistischen Systems, das die moderne Lohnsklaverei mit allen ihren entsetzlichen antisozialen Erscheinungen im Gefolge hat. Mit dieser Zielrichtung setzte sich Marx selbst in Gegensatz zu Lassalle, der die Gewerkschaften in totaler Verkennung ihrer Wichtigkeit im Klassenkampf nicht nur lässig beurteilte, sondern sogar ignorierte. Lassalle glaubte, mit Hilfe der Produktivgenossenschaften, die er zu „Unternehmungen auf nationaler Stufenleiter“ ausgebaut wissen wollte, den Emanzipationskampf des Proletariats abzukürzen, eine Auffassung, die längst als falsch erkannt ist.

Die Entwicklung ging einen anderen Weg als Lassalle annahm, und durch die veränderten politischen Verhältnisse haben unsere Gewerkschaften eine ungeheure Bedeutung erlangt und ein viel größeres Aufgabengebiet bekommen als ehemals. Zur Bewältigung all der ganz neu an die Gewerkschaften heranretenden Aufgaben, wie sie besonders durch die neue soziale Gesetzgebung sich ergaben, genügt heute nicht mehr die reine Empirie (Erfahrung), sondern diese muß sich stützen auf ein solides Wissen der in Betracht kommenden Stoffgebiete, um letzten Endes allen Anforderungen zu genügen.

Die Einsicht in die Notwendigkeit einer systematischen Schulung für unsere Gewerkschaftsfunktionäre, weiter einen genügenden Nachwuchs zu schaffen, gewann die Berliner Gewerkschaftskommission und die U. J. A., die nun gemeinsam eine Gewerkschaftsschule in Berlin ins Leben riefen. Diese Schule soll die Räteschule ergänzen. Als Schüler kommen Verbandsangestellte, ehrenamtliche Funktionäre und Jugendliche in Frage. Letzten Donnerstag fand nun eine feierliche Eröffnung statt, an welcher die Vertreter von Gewerkschaften und Behörden anwesend waren. Genosse Sabbath begrüßte die Erscheinenden, während Bolmerhaus eine kurze Ansprache hielt, und Friede, der Leiter der neuen Schule, sich über Zweck und Ziel des neuen Bildungsinstitutes ausließ. Graßmann vom A. D. G. B. erklärte, es gelte nicht nur wirtschaftlich zu rüsten und politisch sich zu einigen, sondern wir müssen uns auch geistig schulen. Vom U. J. A. sprach Amann. Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, Regierungsrat Dr. Flatau als Vertreter des Reichsarbeitsministers und Geheimrat Menzel vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, sprachen sich freundlich dem neuen Bildungsinstitut gegenüber aus.

Der Arbeitsplan der neuen Schule sieht drei Hörergruppen vor, und zwar, wie wir bereits bemerken, für Gewerkschaftsangestellte, ehrenamtliche Funktionäre und Jugendliche. Als Lehrer für die erste Gruppe wurde Dr. S. Kestricke und Körper gewonnen, die über Theorie und Geschichte der Gewerkschaftsbewegung dozieren werden. Rudolf Wiffel, Professor Dr. Raschel und Ministerialrat Dr. Gersch werden die Probleme der Volkswirtschaft und Weltwirtschaft behandeln. Die gewerkschaftlichen Organisations- und Wirtschaftsprobleme in der zweiten Gruppe werden Karl Budlik und Fritz Schröder lehren. Dr. Kurt Grelling wird bei den Jugendlichen wirken und die Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus und die Arbeiterbewegung behandeln, während H. Meißner und Gertraud Eiler über die Erziehungsaufgaben der gewerkschaftlichen Jugendbewegung unterrichten werden.

Unsere Berliner Gewerkschaftskommission und die U. J. A. hat sich mit dieser Gründung ein großes Verdienst erworben. Die Gewerkschaftsschule trägt einem dringenden Bedürfnis Rechnung und ist wieder einer jener sichtbaren Beweise, daß die freigewerkschaft-

lichen Kampforganisationen des Proletariats nicht nur bloße Werkzeuge zur Erzielung auskömmlicher Lebensverhältnisse sind, sondern daß sie auch fähig und willens sind, Kulturarbeit im wahren Sinne des Wortes zu leisten. Die Berliner Gewerkschaftsschule ist deshalb ein stark in die Erscheinung tretender Kulturmoment auf dem Emanzipationsweg des Proletariats, und es wäre zu wünschen, daß allüberall ähnliche Schulen ins Leben treten würden, die im Geiste und Sinne Karl Marx' zu führen und auszubauen sind. An unsere Genossen wird es nun liegen, regen Gebrauch von den neuen Bildungsmöglichkeiten zu machen, und wir wünschen der Schule und ihren Schülern allen Erfolg.

Angestellte im Einzelhandel

Der Tarifvertrag für die Angestellten im Einzelhandel konnte am Dienstag, den 11. Oktober, noch nicht unterzeichnet werden, weil in der an diesem Tage stattgefundenen Sitzung sich herausgestellt hat, daß wesentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der Tarifparteien bestehen. Die Frage des Inkrafttretens des Vertrages sowie die Anrechnung der Leistungszulagen werden von den Arbeitgeberern entgegen dem Gang der Verhandlungen jetzt so ausgelegt, daß große Nachteile für die beteiligten Angestellten daraus erwachsen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß der Vertragsabschluss dadurch noch in letzter Stunde unmöglich wird. Die Angestellten sind deshalb gezwungen, erneut dazu Stellung zu nehmen. Bekanntlich haben die Arbeitgeber bei den letzten Verhandlungen den 6-Uhr-Ladenabschluß und jedes weitergehende Mitbestimmungsrecht rundweg abgelehnt. Waren diese Tatsachen schon eine schwere Entscheidung für die Angestellten, so ist die nunmehr von den Arbeitgebern beliebte Auslegung der Vereinbarungen über die Leistungszulage und über die Geltungsbauer des Vertrages geradezu eine Brückung der Angestellten. Alle Sektionsleitungen der Fachgruppe Einzelhandel des Zentralverbandes der Angestellten werden deshalb zu einer Sitzung eingeladen, die heute Donnerstag, den 13. Oktober, abends 7/8 Uhr, im Restaurant Ohngederg, Kommandantenstraße 88, stattfindet, um den Bericht der Redaktionskommission über die neuentstandenen Schwierigkeiten entgegenzunehmen und entscheidende Entschlüsse zu fassen.

U. S. P. D. Betriebsfunktionäre — Politische Vertrauensleute!

Neues Werbematerial für die Stadtverordnetenwahl erschienen, die obenbezeichneten Funktionäre werden ersucht, dasselbe sofort im Bureau, Breite Str. 8/9, in der Zeit von 10 bis 5 Uhr, abzuholen. Legitimation ist mitzubringen.

Bezirks-Verb. Berlin-Brandenburg U. S. P. D.
J. A. H. Holz

Erneute Aussperrung in der Berliner Zigarettenindustrie!

Von dem Industrieminister der Berliner Zigarettenindustrie Groß-Berlins wird uns folgendes geschrieben: Die Aussperrung in der Zigarettenindustrie Groß-Berlins beginnt, 7500 Arbeitnehmer mit ihren Familien werden erneut der Operationspolitik der Unternehmer ausgeliefert. Hunger und große Not überzieht die Angehörigen einer ganzen Industrie. Keine zwei Monate sind verfloßen, seitdem die hiesige Ortsgruppe des Reichsarbeitsverbandes der Zigarettenindustriellen durch Rundschreiben ihre Mitglieder aufforderte und verpflichtete, alle Arbeitnehmer auszusperrten, mit dem Hinweis, die Aussperrung hat zu erfolgen, unbeschadet ob ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht.

Nicht verstanden kann es die Regierung, durch ihr passives Verhalten in diesem Fall, wenn sie als Aufsichtsbehörde nichts unternimmt zu der Aussperrung und Unternehmerrabotage. Die gesamte Arbeiterschaft der Industrie verlangt von der Regierung heute ein Zugreifen gegenüber der willkürlichen Aussperrungswut der Unternehmer. Die Vertreter des Proletariats jedoch ruhen wir hiermit öffentlich zum Schutz auf gegen die Willkür der Unternehmer und die Lässigkeit der Regierung und der zuständigen Ressorts. Wir verlangen, daß der Demobilisationskommissionar und die Regierung hier eingreift und die beginnende Aussperrung in der Zigarettenindustrie unterbindet.

Betriebsperrung für Zimmerer. Die Firma W. Spindler, Färberei und Wäschmanufaktur, Spindlersfeld bei Berlin, hat bisher ihren dort beschäftigten Zimmerleuten den Tariflohn gezahlt. Seit der letzten Lohnerhöhung weigert sich dieselbe jedoch, den neuen Lohn anzuerkennen. Infolgedessen waren die Zimmerer gezwungen, die Arbeit dort einstellen einzustellen und in den Streik zu treten. Wir verhängen daher die Sperre über den genannten Betrieb! Kein Zimmerer darf dort in Arbeit treten!

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Leo Dieckhoff, Berlin-Gröbenau; für Korrespondenzen, Boten und Geschäftsstellen: H. Naber, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Edwin Komatzky, Charlottenburg. — Verlags-Gesellschaft „Arbeit“, u. S. P. D., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. M. S. P., Berlin S. 2, Breite Straße 88.

Die neue Herbst- und Winter-Mode

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen verfertigt.

Ulster aus halbbarem Stoff, in braun, grau oder oliv	285 ⁰⁰	Uebergangs-Ulster, Schläpfer u. Raglans u. Homosp. u. Cheviot M. 1000, 800, 700, 600	475 ⁰⁰	Jackett-Anzüge aus guten blaugrauen, grün-gegrünlichen und andrerfarbigen Stoffen hergestellt	450 ⁰⁰
Winter-Joppen aus festem Lodenstoff, warm gefüttert, Interline- und Sportform	175 ⁰⁰	Uebergangs-Paletots u. Marango Cheviot, in guten Qualitäten	575 ⁰⁰	Jackett-Anzüge aus vorzüglich. Stoffen in den neuesten Modellen, gestreift, kariert und einfarbig, auch Homosp. u. M. 800, 750,	690 ⁰⁰
Schläpfer, Raglans und Ulster aus grünem, stahlgrünem u. braunem Flachsgrün- und Diagonaleweben, hervorragende Qualitäten	575 ⁰⁰	Gummimäntel für Damen und Herren, hochgeschlossenen und mit Fasern, in guten Qualitäten M. 550, 450, 350	265 ⁰⁰	Jackett-Anzüge aus erstklassigen Kamgar- und Cheviotstoffen, in blau und farbig	900 ⁰⁰
Schläpfer, Raglans und Ulster aus Flachs-, Homosp. u. Diagonaleweben, l. d. wundervollsten, neuesten Farbbelegungen, hell u. dunkel gemust. M. 800	700 ⁰⁰	Gummimäntel in Double u. Covertcoat, in hervorragenden Qualitäten	550 ⁰⁰	Sport-Anzüge mit Brecheschößen, aus gutem Lodenstoff, in allen Farben	400 ⁰⁰
Schläpfer, Raglans und Ulster aus erstklassigen Fabrikaten, in den allerneuesten Fasern gearbeitet	900 ⁰⁰	Lodenmäntel für Damen und Herren aus gutem Strichloden und Kamelhaarloden	225 ⁰⁰	Sport-Anzüge aus Homosp., Manchester und gemustert Cheviot M. 850, 750,	600 ⁰⁰
Winter-Paletots aus vorzüglich. Marango- und schwarzen Stoffen, M. 1000, 900, 800, 700,	600 ⁰⁰	Loden-Pelerinen für Damen und Herren, a. winterfestem Strichloden	190 ⁰⁰	Hosen in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten, anfangend mit	55 ⁰⁰
Knaben- u. Jünglings-Ulster in allen Fasern	90 ⁰⁰	Gef- u. Sportpelze		Schulanzüge in verschiedenen Fasern und Qualitäten M. 200, 150, 120, 80,	70 ⁰⁰

Modernste Massanfertigung — Verwendung bester Stoffe und Zutaten — Sehr mässige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikots und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30